

## Gemeinderat beschließt Zwei-Milliarden-Haushalt

Ein Dutzend früherer Gemeinderatsbeschlüsse wurde aufgehoben – Bürgerliche Fraktionen lehnen den Haushalt ab

Nach einer weiteren Marathonsitzung hat der Gemeinderat am vorvergangenen Dienstag den Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022 beschlossen. Angesichts von 90 Millionen Euro neuer Schulden fiel die Zustimmung aber geringer aus als in früheren Jahren: CDU, FDP/BfF, Freie Wähler, Freiburg Lebenswert sowie die AfD lehnten den Haushalt ab.

Die dritte Lesung ist traditionell der Schluss-, aber auch der Höhepunkt der Haushaltsberatungen. In ihren Haushaltsreden gaben die Fraktionen und Gruppierungen zum Auftakt der Sitzung Einblick in ihre politischen Schwerpunktsetzungen – und darüber, inwieweit der Haushaltsentwurf diesen Vorstellungen entspricht. Auf den Seiten 4 bis 6 dieser Ausgabe ist das im Detail nachzulesen.

### Westbad ohne Freibecken

Im Anschluss standen noch einige weitreichende Entscheidungen zur Abstimmung. Heiß umstritten war insbesondere eine umfangreiche Vorlage der Verwaltung, mit der ein gutes Dutzend früherer Gemeinderatsbeschlüsse aufgehoben oder abgeändert wurde. Unter anderem hat der Rat die Planungsmittel für die Erweiterung des Berthold-Gymnasiums sowie die Sanierung der Max-Weber-Schule reduziert und den Ausbau der Schulsozialarbeit sowie die pauschale Erhöhung der Kulturzuschüsse ausgesetzt. Der härteste Brocken war dabei für viele Fraktionen der Stopp für die Planung und den Bau eines Freibeckens im Westbad. Kritisiert wurde auch, dass der Gemeinderat nicht frühzeitig in die Entscheidung eingebunden worden sei. Insgesamt fanden die Vorlagen trotzdem eine Mehrheit.

### Vollzugsdienst gekürzt

Das gilt auch für das Aufregerthema unter den strittig gestellten Fraktionsanträgen: die Reduzierung des städtischen Vollzugsdienstes. Trotz detaillierter Informationen über die Tätigkeit des Vollzugsdienstes und dem klaren Hinweis durch Oberbürgermeister Martin Horn, dass damit die Sicherheitspartnerschaft mit dem Land gefährdet sei, blieb es bei dem bereits in zweiter Lesung gefassten Beschluss: Die letzte Ausbaustufe des Vollzugsdienstes um sechs zusätzliche Stellen wird zurückgenommen. Tatsächlich betroffen sind davon aber nur vier Stellen, da zwei noch gar nicht besetzt waren. Die anvisierten Einsparungen liegen daher auch niedriger, als von den Fraktionen beantragt.

Insgesamt erhielten nur noch wenige der nach der zweiten Lesung strittig gestellten Fraktionsanträge eine Mehrheit (Übersicht siehe Seite 2). Zuschusserhöhungen gab es vor allem im Sozial- und Kulturbereich, die für die jeweiligen Einrichtungen natürlich von großer Bedeutung sind, im Gesamthaushalt aber kaum ins Gewicht fallen.

### 245 Millionen Investitionen

Der hat mit den am letzten April-Dienstag gefassten Beschlüssen in vielerlei Hinsicht bemerkenswerte Dimensionen: So liegt das Gesamtvolumen des Doppelhaushalts zum dritten Mal in Folge über zwei Milliarden Euro. Auf weiterhin sehr hohem Niveau bewegen sich auch die Investitionen, die sich in beiden Haushaltsjahren zusammen auf fast 245 Millionen Euro addieren. Um das zu finanzieren, sind allerdings neue Kredite in Höhe von 90 Millionen Euro sowie eine fast vollständige Kassenentnahme in Höhe von 60 Millionen Euro notwendig – zusammen also ein nicht gedeckter Finanzierungsbedarf von 150 Millionen Euro.

### Appell an den Gemeinderat

Oberbürgermeister Martin Horn richtete deswegen auch einen deutlichen Appell an den Gemeinderat: „Das können wir nicht wiederholen. Deswegen beginnen wir jetzt mit einem umfassenden Modernisierungs- und Konsolidierungsprozess, um auch künftig handlungsfähig zu bleiben.“ Gleichzeitig zeigte er sich aber auch zufrieden, dass es trotz der Auswirkungen der Coronapandemie gelungen sei, wichtige Schwerpunkte zu setzen. „Wir haben die Prioritäten dieses Haushalts auf die Zukunftsfelder Wohnen, Schule und Kitas, Digitalisierung, Klima- und Artenschutz sowie nachhaltige Mobilität gelegt.“ Mehr zum Haushalt auf den Seiten 2 bis 6.

# Klimaschutz: „Die Zeit läuft uns davon“

Klimabilanz für 2017/18 liegt vor – Sorgenkind ist der Verkehr – Erhebliche Anstrengungen nötig

Obwohl Freiburg ständig wächst, reduziert sich die Gesamtmenge des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes weiterhin konstant, und auch der Ausstoß pro Kopf hat sich – verglichen mit 1992 – weiter reduziert. Das geht aus der aktuellen Klimabilanz hervor, ist jedoch längst kein Grund zur Freude, denn: Um bis 2050 klimaneutral zu werden, bedarf es noch erheblicher Anstrengungen, vor allem in Sachen Mobilität. Allerdings hat das die Kommune nicht alleine in der Hand.

Insgesamt sei die Bilanz als Erfolg zu werten, sagte die neue Umweltbürgermeisterin Christine Buchheit, als kürzlich – wie immer zeitversetzt – die Klimabilanz für 2017 und 2018 vorgestellt wurde. Aber: „Wir müssen die Maßnahmen zum Klimaschutz intensivieren. Die Zeit läuft uns davon.“ Schon jetzt seien die Folgen des Klimawandels spürbar: Im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter sei die Durchschnittstemperatur in Freiburg um zwei Grad gestiegen. „Angesichts dieser dramatischen Situation ist die Stadt in tiefer Sorge“, so Buchheit. „Klimaschutz ist die vordringliche Aufgabe des nächsten Jahrzehnts.“ Als wichtigste Sektoren dafür nannte sie Energie und Verkehr.

Doch bei Letzterem hapert es erheblich. Als Reaktion auf den Abgasskandal wurde hier erstmals eine neue Berechnungsweise zugrunde gelegt: Statt mit den Herstellerangaben vom Prüfstand wurde mit realistischeren Verbrauchswerten gerechnet. Die Folge: Der Pro-Kopf-Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Bereich Mobilität sank nur um 13,5 Prozent – nach den alten Faktoren wären es 22 Prozent gewesen. Und der absolute CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch den Verkehr ist seit 1992 sogar um 1,1 Prozent gestiegen – eine Folge des stärkeren Verkehrsaufkommens: In der wachsenden Stadt werden immer mehr Fahrzeuge zugelassen.

## „Freiburg ist keine Insel“

„Die Mobilität ist das Sorgenkind beim Klimaschutz“, folgerte denn auch Baubürgermeister Martin Haag. „Wir haben in Freiburg viel erreicht, aber beim Thema Verkehr haben wir unsere Hausaufgaben leider noch nicht gemacht.“ Allerdings habe eine Kommune in diesem Bereich auch nur begrenzten Handlungsspielraum. „Freiburg ist keine Insel“, so Haag. „Hier laufen Autobahnen und Bundesstraßen durch – insofern brauchen wir insgesamt eine Verkehrswende.“

Auch im Bereich Energie sind Freiburg ein Stück weit die Hände gebunden. Die Stadt legt seit Jahrzehnten einen Schwerpunkt auf Klima- und Umweltpolitik – etwa im Bereich erneuerbare Energien, nachhaltige Wärmeversorgung, Förderung klimafreundlicher Gebäude oder dem Ausbau der CO<sub>2</sub>-freien Mobilität. Damit hat sie immerhin einen durchschnittlichen Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1,4 Prozent pro Jahr – verglichen mit 1992 – erreicht. Doch um bis 2050 klimaneutral zu werden, müssten es acht Prozent weniger pro Jahr sein.

„Dafür brauchen wir deutlich bessere Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene“, betonte die Umweltbürgermeisterin. „Als Stadt retten wir das Klima nicht allein.“ Konkret nannte sie einen schnelleren Kohleausstieg, bessere Förderbedingungen für erneuerbare Energien, die energetische Ertüchtigung von Gebäuden oder einen höheren Preis für CO<sub>2</sub>, um beim Klimaschutz schneller voranzukommen.

## Leitschnur Strategiepapier

Zwischen 10 und 40 Prozent liege der Einfluss einer Kommune auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen, der Rest hänge von den Rahmenbedingungen in Land, Bund und EU ab, rechnete Hans Hertel vor. Der Gutachter des unabhängigen Ifeu-Instituts aus Heidelberg erstellt mit seinem Team alle zwei Jahre die Klimabilanz für Freiburg und hat den Spielraum ermittelt, den Kommunen in Sachen Klimaschutz haben. Der Berliner Verkehrsplaner Burkhard Horn ergänzte, dass bundesweit 80 Prozent der Verkehrsleistungen auf Wegen, die länger als zehn Kilometer sind, zurückgelegt werden, nur 20 Prozent auf kürzeren.

Verkehrsplaner Horn hat im Auftrag der Stadt das Strategiepapier „Klimaschutz und Mobilität“ vorgelegt, mit dem die städtische Verkehrspolitik künftig stärker am Klimaschutz ausgerichtet werden soll. Zentraler Punkt dabei sind Wege mit längerer Distanz, denn sie haben einen deutlich größeren Anteil am CO<sub>2</sub>-Ausstoß als alle kürzeren Wege zusammengenommen. Wichtigste Alternative zum Auto sei dabei der ÖPNV, insbesondere das regionale Angebot an Bussen und Bahnen: Dies gelte es erheblich auszubauen, so ein Fazit des Strategiepapiers.

## Verkehr vermeiden

Darüber hinaus sei es wichtig, Siedlungen in Stadt und Region so zu entwickeln, dass Verkehr vermieden werden kann. Auf regionaler Ebene gehörten dazu Park-and-ride-Plätze, der Ausbau von Sharing-Angeboten und von Radschnellwegen. „Wir müssen beim Verkehr noch mehr tun und neue Schwerpunkte setzen“, lautete das Fazit von Baubürgermeister Haag. „Mit dem Strategiepapier haben wir eine Leitschnur“, aber klar sei: Kommunales Handeln alleine werde nicht ausreichen. „Es muss völlig andere Politikvorgaben von Land, Bund und EU geben.“

# Querformat

## Stehende Ovationen für den Fels in der Brandung

Nach sieben Stunden teils hitziger Haushaltsdebatte ist es zum Ende der Gemeinderatssitzung am vorvergangenen Dienstag ganz ruhig und feierlich geworden. Adrian Hurst, der Leiter des Haupt- und Personalamts, verabschiedete sich nach 39 Dienstjahren in den Ruhestand. Oberbürgermeister Horn würdigte ihn als tragende Säule der Verwaltung. Maria Viethen, eines der dienstältesten Ratsmitglieder, bezeichnete ihn als „Fels in der Brandung“, dem zu Beginn seiner Dienstzeit ein ganz anderer Ruf vorauselte: Als „heißen jungen Mann“ habe ihn Alt-OB Böhme seinerzeit bezeichnet, erinnerte sich die Grünen-Fraktionschefin. Adrian Hurst bedankte sich für das „überbordende Lob“ und kommentierte seine Dienstzeit ganz nüchtern, aber doch mit Zufriedenheit und Stolz: „Ich habe meinen Dienst getan.“ Die letzte seiner rund 500 Ausschusssitzungen nutzte er auch für einen Appell an den Gemeinderat: „Der Bürger Wohl sei oberstes Gesetz“, steht über der Eingangstür des historischen Ratssaals – „Wohl, nicht Wille“, ergänzte er. Dies sei Legitimation und Verpflichtung zugleich. Dafür wünschte er dem Gemeinderat und der Verwaltungsspitze Maß und Mut, auch für unbequeme Entscheidungen. Politisches Kalkül oder Opportunismus dürften nicht handlungsleitend sein. Außerdem müsse man gerade jetzt den Menschen klar sagen, was geht und was nicht. Zumindest an diesem Abend verfehlten seine Worte ihre Wirkung nicht: Die Angesprochenen quittierten sie mit stehenden Ovationen.

# Entscheidungen auf der Zielgeraden

Haushaltsserie (Teil 11): In der abschließenden dritten Haushaltslesung hat der Gemeinderat über rund 100 strittige Fraktionsanträge sowie eine Reihe haushaltsrelevanter Drucksachen abgestimmt

In der zweiten Haushaltslesung fallen viele Vorentscheidungen – doch der finale Strich kommt erst in der dritten Lesung unter den Haushalt. Dabei hatten die Gemeinderatsmitglieder noch über rund 100 strittig gestellte Haushaltsanträge zu entscheiden – und über einige haushaltsrelevante Drucksachen.

Im Folgenden liefern wir die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

## Erfolgreiche Fraktionsanträge

Die Gebühren für Anwohnerparkausweise werden drastisch erhöht. Künftig sollen sie statt 30 Euro pro Jahr etwa 30 Euro pro Monat kosten. Es soll aber eine Staffelung je nach Fahrzeuggröße und sozialen Kriterien geben. Die Mehreinnahmen werden auf 2,8 Millionen Euro beziffert – zusätzlich zu der Million, die die Verwaltung bereits eingeplant hatte (diese Entscheidung wurde vorgezogen und bereits am 20.4. getroffen). (Grüne, Esfa, Jupi)

Der kommunale Vollzugsdienst wird um sechs Stellen gekürzt. Damit macht der Rat die 2019 beschlossene Aufstockung rückgängig. Weil aktuell zwei Stellen unbesetzt sind, für die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber erst noch nach Lösungen gesucht werden muss, ist die Einsparung aber geringer als beantragt – insgesamt 360 000 Euro. (Grüne, Jupi)

Bei der Sanierung des Augustiner museums sollen durch zeitliche Streckung 500 000 Euro eingespart werden. Dieser in der zweiten Lesung erfolgreiche Antrag der Grünen wurden in der dritten Lesung bestätigt.

Gleiches Spiel beim Fördertopf zur Beseitigung illegaler Graffiti: Der erfolgreiche Grünen-Antrag auf vollständige Einsparung (200 000 Euro) fand auch in der dritten Lesung eine Mehrheit.

Zwei zusätzliche 75-Prozent-Stellen für die Schulsozialarbeit hatten SPD/Kulturliste und Esfa beantragt – in der zweiten Lesung ohne, in der dritten mit Erfolg. Das kostet 2022 knapp 37 000 Euro; im Gegenzug gibt es rund 8000 Euro Landesförderung.

Drei Freiburger Kultureinrichtungen können sich doch noch über eine Aufstockung ihres Budgets freuen: 30 000 Euro mehr kann das Ensemble Aventure verbuchen (SPD/Kulturliste), das Freiburger Barockorchester erhält 100 000 Euro mehr (Grüne) und 20 000 Euro sind es für das Theaterensemble Die Schönen der Nacht (Grüne, Esfa).

Mit jeweils nur sehr kleinen, für die Einrichtungen aber durchaus bedeutsamen Zusatzbeiträgen können (auf Antrag der Grünen) diverse psychologische und Suchtberatungsstellen planen. Konkret geht es um den Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg (12 000 Euro), den baden-württembergischen Landesverband für Prävention und Rehabilitation (15 000 Euro), die Drogenhilfe (9000 Euro) und den Nachsorgeberatungstreff der AWO (3000 Euro), die psychosoziale Beratungsstelle der evangelischen Stadtmission (3000 Euro) sowie den Verein Frauenzimmer (7000 Euro).

Kurioser Sonderfall: Der in zweiter Lesung erfolgreiche Antrag der Grünen, beim Ankaufsetat der städtischen Museen 100 000 Euro einzusparen, wurde von den Antragstellern selbst in der dritten Lesung nicht mehr unterstützt – es bleibt also beim ursprünglich geplanten Budget von 100 000 Euro pro Jahr.

## Haushaltsrelevante Drucksachen

### Klimaschutz on top

Der Gemeinderat hat dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, Mittel aus dem Klimaschutzfonds für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen im Doppelhaushalt 2021/2022 zu verwenden. In den Fonds fließen anteilig Einnahmen aus der Konzessionsabgabe des Energieversorgers Badenova – insgesamt sollen für dieses und das kommende Jahr 11,75 Millionen Euro aus dem Fonds für zusätzliche Projekte zur Verfügung stehen. Beispielsweise sollen 1,3 Millionen Euro in die Anschaffung neuer Elektrobusse der VAG fließen, 550 000 Euro in ein Förderprogramm Holzbau, 50 000 Euro in eine Photovoltaikanlage auf der Gaststätte Mundenhof oder 60 000 Euro in die Fortführung des Klimaschutznetzwerks Freiburger Kliniken.

### Nothilfe für die Freiburger Kultur

Kultureinrichtungen haben immer noch geschlossen, ein Ende ist bisher nicht absehbar – für viele eine existenzbedrohende Situation. Deshalb hat der Gemeinderat einstimmig den Vorschlag der Verwaltung angenommen, einen weiteren „Nothilfefonds Kultur“ in Höhe von 200 000 Euro einzurichten.

Zwar gibt es Förderprogramme von Bund und Land, diese unterstützten aber in der Regel nur Programme, Veranstaltungen und Infrastrukturinvestitionen und keine laufenden Betriebskosten. Der neue Hilfetopf steht allen öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Kultureinrichtungen in freier Trägerschaft zur Verfügung und bietet Zuschüsse bis maximal 40 000 Euro, um pandemiebedingte Mindereinnahmen auszugleichen.

### Betreuung an Schulen wird teurer

Die Stadt bietet an allen 30 öffentlichen Grundschulen eine Schulkindbetreuung an; inzwischen nehmen fast 75 Prozent der

Grundschülerinnen und Grundschüler das pädagogische Angebot wahr. Die Beiträge wurden seit der Einführung im Schuljahr 2014/2015 nicht erhöht, trotz steigender Personalkosten. Deshalb sieht sich die Verwaltung gezwungen, die Elternbeiträge um sieben Prozent anzuheben. Der neue Tarif soll mindestens für fünf Jahre gelten. Die Stadträtinnen und Stadträte stimmten ohne Gegenstimme zu.

## **Digitalisierung an Freiburger Schulen**

Die aktuelle Coronapandemie hat deutlich gezeigt, dass es den Freiburger Schulen an digitaler Infrastruktur wie WLAN und Servern, aber auch an passenden Endgeräten wie Computern, Laptops und Tablets, mangelt. Das soll sich nach dem Willen der Verwaltung in den nächsten zehn bis zwölf Jahren ändern.

Bisher sind die Schulen selbst für ihre IT-Technik verantwortlich. In Zukunft soll die Verantwortung bei der Stadt liegen und zentral umgesetzt werden. Das Konzept sieht vor, einerseits bis Ende des Jahres dringenden Bedarf an Endgeräten und Glasfaseranschlüssen zu decken, andererseits langfristig die IT-Infrastruktur wie Verkabelung und Serverlandschaften zu modernisieren und E-Mail-Dienste zu vereinheitlichen.

Die Kosten für das gesamte Projekt liegen bei rund 138 Millionen Euro. Der Gemeinderat hat nun zugestimmt, im Doppelhaushalt die für 2021/2022 notwendige Summe von rund 21 Millionen Euro bereitzustellen. Im Gegenzug wird mit Zuschüssen in Höhe von neun Millionen Euro aus dem Digitalpakt des Bundes gerechnet.

# Veranstaltungen und Infos zum Stadtjubiläum

freiburg.archäologie – 200 Jahre Forschen in der Stadt

Ausstellung im Museum für Stadtgeschichte  
[museen-tickets](#) oder Tel. (0761) 201-25 15

bis 4. Oktober Nur nach Voranmeldung unter [www.freiburg.de/](http://www.freiburg.de/)

StadtWaldMensch – 900 Jahre Wald für Freiburg

Ausstellung im Waldhaus Freiburg

bis 31. März 2022

buochmeisterinne

Handschriften und Frühdrucke aus dem Freiburger Dominikanerinnenkloster Adelhausen, Ausstellung im Museum für Stadtgeschichte bis 13. Juni

GrundRisse – Ein Quartier im Umbruch

Ausstellung mit 15 Stationen unter freiem Himmel im Sedanquartier und Im Grün

bis 24. Mai

Frauen.Gestalten 2

Ausstellungsprojekt in drei Teilen, VHS Galerie, Voranmeldung unter [info@gedok-freiburg.de](mailto:info@gedok-freiburg.de) oder Tel. (0761) 15 62 06 02

bis 28. Mai

Sport im Park: Bodyforming

Online-Sportangebot zum Mitmachen unter:[www.ft1844-freiburg.de/fitness-gesundheit-reha/content/sport-im-park](http://www.ft1844-freiburg.de/fitness-gesundheit-reha/content/sport-im-park) Do, 20. Mai, 18 Uhr

Re:vue Freiburg 900 Jahre: „Die Zeit, sie vergeht nicht“

Amtsblatt-Sonderausgabe mit Beiträgen aus neun Jahrhunderten der Stadtgeschichte. Die Texte spannen einen Bogen von den ersten Rentierjägern über die Marktgründung und die schwierige Stellung zwischen den Großmächten bis hin zur gegenwarts-nahen Epoche mit Rassenwahn, Weltkrieg und dem Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft.

Die Publikation ist weiterhin erhältlich – für Unterrichtszwecke auch in größerer Stückzahl – und liegt in der Bürgerberatung im Innenstadtrathaus aus. Auf Wunsch kann sie kostenlos per Post zugesendet werden; dazu bitte die Amtsblatt-Redaktion kontaktieren (siehe Seite 1). Außerdem ist unter [www.2020.freiburg.de](http://www.2020.freiburg.de) eine digitale (auch barrierefreie) Version erhältlich.

Weitere Infos unter:

[www.2020.freiburg.de](http://www.2020.freiburg.de)

[facebook.com/2020.freiburg](https://facebook.com/2020.freiburg)

[instagram.com/2020\\_freiburg](https://instagram.com/2020_freiburg)

# „Klare Regeln schaffen Akzeptanz“

Bürgermeister Stefan Breiter und Rene Funk, Chef des Amtes für öffentliche Ordnung, über die besonderen Herausforderungen und Belastungen während der Corona-Pandemie

Im März 2020 hat Freiburg als erste deutsche Großstadt eine Allgemeinverfügung mit Betretungsverboten für öffentliche Orte erlassen, viele weitere Verordnungen des Landes und Allgemeinverfügungen der Stadt selbst sind seither dazugekommen. Wir haben mit Ordnungsbürgermeister Stefan Breiter und Amtsleiter Rene Funk darüber gesprochen, welche besonderen Anforderungen die Pandemie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für öffentliche Ordnung stellt.

Amtsblatt: Geschlossene Kneipen, Ausgangssperre, Kontaktbeschränkungen – klingt nach einem lockeren Jahr für Ihr Amt. Korrekt, Herr Funk?

Funk: Das könnte man meinen, aber das genaue Gegenteil ist der Fall. Zu den Pflichtaufgaben, die ja praktisch unverändert weitergelaufen sind, kamen durch die Pandemie viele Zusatzaufgaben, zum Beispiel rund 17 000 Quarantänebescheinigungen seit August 2020 oder um die 14 000 vom Vollzugsdienst festgestellte Verstöße gegen die Corona-Beschränkungen.

Hat sich das Thema Corona auch auf die Zahl der Anfragen ausgewirkt?

Funk: Und wie! Allein zu Fragen der Einreise und Reiserückkehr haben wir rund 20 000 Auskünfte erteilt, noch mal so viele waren es zu allgemeinen Anliegen. In der Summe waren das mehr als 40 000 Anfragen aus der Bürgerschaft – on top zum Alltagsgeschäft.

Wie schätzen Sie die Akzeptanz der Beschränkungen bei der Bevölkerung ein?

Breiter: Da muss ich den Freiburgerinnen und Freiburgern ein großes Lob aussprechen. Obwohl das wie bei der notwendigen Absage des Annen-May-Kantereit-Konzerts ja unpopuläre Maßnahmen waren mit drastischen Einschränkungen, war die Akzeptanz von Beginn an hoch. Das hätte ich mir in dieser Dimension nicht vorstellen können und hat sicherlich dafür gesorgt, dass wir relativ gut durch die erste Welle gekommen sind, obwohl Freiburg da ein Hotspot war.

Hat sich diese Akzeptanz im Lauf der Zeit verändert?

Breiter: Ich komme ja aus dem Sport, und da weiß man: Je klarer und verständlicher die Regeln sind, desto höher ist die Akzeptanz. Das war bei den Landesverordnungen leider nicht immer so. In der Rückschau hätte ich mir gewünscht, dass wir der Kanzlerin gefolgt wären und eine kurze, schmerzhaft Schließung gemacht hätten. Letztendlich hat der Ministerpräsidentenkonferenz der Mut zur Klarheit gefehlt.

Funk: In Krisenzeiten gilt der Grundsatz: „Keep it short and keep it simple“ – das wurde leider nicht befolgt und sorgt dafür, dass die Orientierung verloren geht und viele Regelungen mit unterschiedlichen Schwellenwerten und Kennzahlen entstehen.

Dennoch steht Freiburg bei den Inzidenzwerten im Landesvergleich aktuell relativ gut da. Worauf führen Sie das zurück?

Breiter: Neben dem disziplinierten Verhalten der Bevölkerung liegt das sicherlich an unseren konsequenten Kontrollen. Wir haben beispielsweise allein im November in 500 Fällen kontrolliert, ob die Quarantäneanordnungen eingehalten wurden, telefonisch und mit Kontrollen vor Ort. Da haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt für öffentliche Ordnung einen herausragenden Job gemacht.

Anderes Thema: Trotz Corona ist die Zahl der angemeldeten Versammlungen um fast die Hälfte auf über 600 angestiegen. Woran liegt das und welche Schwierigkeiten gehen damit einher?

Funk: Generell ist Freiburg sehr demonstrationsfreudig. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut, das wir auch und gerade in Krisenzeiten bewahren müssen. Die hohe Zahl liegt sicher am Thema Corona selbst: Die einen haben Angst und fordern noch strengere Maßnahmen – und die anderen leugnen jede Gefahr und verweisen auf ihre Grundrechte. Da prallen zwei Welten aufeinander, die nur sehr schwer in Einklang zu bringen sind.

Zur Unterstützung der Gastronomiebetriebe gab es im letzten Jahr unbürokratische Genehmigungen für die Erweiterung der Außenflächen. Hat sich das bewährt, und ist Vergleichbares wieder geplant?

Funk: Unsere Taskforce mit dem Garten- und Tiefbauamt hat hier schnell und effizient gehandelt. Das war ein voller Erfolg – wir haben sehr viel Lob bekommen und praktisch keine Beschwerden.

Breiter: Ich war anfangs skeptisch, ob das von den Anwohnerinnen und Anwohnern akzeptiert wird, aber die Sorgen waren unbegründet. Die Entscheidung wird regelrecht von der Bürgerschaft getragen. Deswegen wollen wir das fortsetzen, sobald es möglich ist, und schlagen dem Gemeinderat die Aussetzung der Sondernutzungsgebühren bis zum Jahresende vor. Wir sehen ja die Not der Gastronomiebetriebe und versuchen, so gut es geht sie zu unterstützen. Und die Menschen sehnen sich danach, endlich wieder im Freien ihren Kaffee oder ein Bier trinken zu können.

Der Vollzugsdienst ist derzeit in aller Munde, der Gemeinderat hat gerade eine personelle Kürzung beschlossen. Wie schätzen Sie die Arbeit des Vollzugsdienstes ein?

Breiter: Unser Vollzugsdienst leistet herausragende Arbeit. Unser Freiburger Weg, immer erst das Gespräch zu suchen und nicht gleich eine Verwarnung auszustellen, kommt bei der Bevölkerung gut an. Das zeigen die vielen positiven Rückmeldungen. Gleichzeitig muss man sagen, dass ohne den Vollzugsdienst vieles nicht möglich wäre. Es geht ja nicht um „Law and Order“, sondern um ein störungsfreies und respektvolles Miteinander im öffentlichen Raum. Die Kontrolle der Corona-Regeln, das Einhalten der Sperrzeiten für die Außengastronomie, der Nachtruhe, das sichere Gefühl – das alles ist nur dank unseres Vollzugsdienstes möglich. Ich hätte mir daher eher eine personelle Aufstockung gewünscht. Jetzt werden

Einsatzzeiten und -gebiete kleiner, das wird sicherlich Folgen für das Sicherheitsgefühl der Stadtgesellschaft haben. Ich rechne beispielsweise mit mehr Anwohnerbeschwerden, die wir dann nicht mehr im gewohnten Maß bearbeiten können. Selbstverständlich respektieren wir Mehrheitsentscheidungen im Gemeinderat und überarbeiten das Einsatzkonzept. Oberbürgermeister Horn befürchtet, dass mit diesem Beschluss die Sicherheitspartnerschaft mit dem Land gefährdet ist. Sehen Sie das auch so?

Breiter: Ich bin dem Oberbürgermeister sehr dankbar dafür, wie er sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt hat. Die Botschaft an die Landesregierung ist auf jeden Fall fatal. Schon die Oberbürgermeister Böhme und Salomon haben jahrzehntelang in Stuttgart mehr Polizeikräfte gefordert. 2017 ist das endlich gelungen – jetzt gefährden wir diesen politischen Erfolg ohne Not.

Abschlussfrage: Seit Kurzem gilt die Bundesnotbremse. Ersetzt das die bisherigen Verordnungen, und wird Ihre Arbeit dadurch leichter?

Funk: Das ist leider nicht der Fall. Jetzt haben wir einen Dreiklang von Regelungen des Bundes, des Landes und der Stadt. Aber immerhin gelten viele Regeln jetzt bundesweit – das macht es für die Menschen nachvollziehbarer.



# Wichtige Stütze für Familien

## Gemeinderat stärkt Erziehungsberatungsstellen

Gerade in Zeiten von Corona sind die Erziehungs- und Familienberatungsstellen gefragte Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und Familien. Dementsprechend ist der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, sie zu stärken.

Zum einen wird der Zuschuss für die Familien- und Schwangerenberatungsstellen um rund 150 000 Euro jährlich erhöht: So kann die Beratung zu Themen wie partnerschaftliches Zusammenleben oder Erziehung und Entwicklung junger Menschen kostenfrei bleiben.

Daneben wird das Personal in den Erziehungsberatungsstellen um 2,95 Vollzeitstellen aufgestockt, um mehr Termine für Familien, Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Dafür werden zusätzlich 215 000 Euro pro Jahr im Haushalt bereitgestellt. „Krisen und Konflikte gehören zum Leben dazu, und wer sie erfolgreich meistert, geht gestärkt daraus hervor“, sagt Bildungsbürgermeisterin Christine Buchheit „Die Beratungsstellen können hier eine sehr wichtige Stütze sein.“ Insgesamt gibt es in Freiburg zehn solcher Stellen. Die Beratungen sind kostenfrei und unterliegen der Schweigepflicht. Termine können direkt und ohne Antrag vereinbart werden.

## Beratung für Familien

Psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche, Stadt Freiburg: Fahnenbergplatz 4, Tel. 201-85 21; Krozinger Straße 19b, Tel. 201-85 31; Leisnerstraße 2, Tel. 201-85 11 [www.freiburg.de/psychologischeberatungsstellen](http://www.freiburg.de/psychologischeberatungsstellen)

Psychologische Beratungsstelle, Jugendhilfswerk Freiburg, Tel. 7 03 61-4 40, [www.wi-jhw.de](http://www.wi-jhw.de)

Pädagogische Beratungsstelle, Freiburger Zentrum für Pädagogische Beratung e.V., Tel. 70 67 31, [www.paed-beratungsstelle.de](http://www.paed-beratungsstelle.de)

Psychosoziale Beratungsstelle in Familienkrisen für Eltern, Kinder und Jugendliche, Bildung und Leben Baden-Württemberg e.V. Tel. 7 87 61, [www.psb-freiburg.de](http://www.psb-freiburg.de)

Psychologische Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen, Kath. Gesamtkirchengemeinde Freiburg, Tel. 70 43 83, [www.efl-fr.de](http://www.efl-fr.de)

Psychologische Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen, Ev. Kirche Freiburg, Tel. 3 89 08 90, [www.beratungsstelle-freiburg.de](http://www.beratungsstelle-freiburg.de)

Pro Familia Freiburg e.V., Tel. 29 62 56, [www.profamilia.de](http://www.profamilia.de)

Schwangeren- und Familienberatungsstelle, Sozialdienst kath. Frauen Freiburg e.V., Tel. 3 85 08-3 30, [www.skf-freiburg.de](http://www.skf-freiburg.de)

Beratungsstelle für Schwangere, Diakonisches Werk Freiburg e.V., Tel. 88 89 12-14, [www.diakonie-freiburg.de](http://www.diakonie-freiburg.de)

Beratungsstelle für Schwangere, Donum Vitae e.V., Tel. 2 02 30 96, [www.donum-vitae-freiburg.de](http://www.donum-vitae-freiburg.de)

# Drei Fragen an ...

Karin Müller

## stellvertretende Leiterin der Stadtkämmerei

Am vorvergangenen Dienstag hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2021/2022 beschlossen. Vorbereitet hat ihn die Stadtkämmerei. Am Tag danach haben wir mit der stellvertretenden Leiterin Karin Müller gesprochen.

1 Haben bei Ihnen jetzt erst mal die Sektkorken geknallt oder geht die Arbeit direkt weiter?

Wir haben uns natürlich sehr über diesen weiteren wichtigen Meilenstein gefreut. Coronabedingt war eine Sektparty leider diesmal nicht möglich. Am nächsten Tag ging es bei uns sofort weiter mit den weiteren anstehenden Themen, wie Ermächtigungsübertragungen, dem Jahresabschluss 2020, steuerliche Themen und Projekten, die in der letzten Zeit teilweise zurückgestellt oder mit niedrigerer Priorität bearbeitet wurden. Stillstand gibt's bei uns nie.

2 Muss man eigentlich ein Mathegenie sein, um den Überblick über dieses Zahlenwerk zu behalten?

Hinter allen Zahlen stehen Projekte und Maßnahmen, die für sich spannender sind als die Zahlen. Aber Sie haben schon recht: Mathematisches Verständnis ist da natürlich hilfreich. Viel wichtiger ist aber: Um Erfolg und Spaß an Zahlen zu haben, braucht es ein motiviertes und leistungsfähiges Team, das vertrauensvoll zusammenarbeitet und bereit ist, in bestimmten Situationen maximalen Einsatz zu bringen. In so einem Team darf ich täglich arbeiten, und darüber bin ich sehr froh.

3 Wann beginnen die Vorarbeiten für den Haushalt 2023/2024?

Haushaltsplanung ist immer ein laufender Prozess. Mit der am vorvergangenen Dienstag im Gemeinderat beschlossenen Finanzplanung für die Jahre 2023/2024 ist der Grundstein für den nächsten Haushalt schon gelegt. Außerdem wirkt sich ja jeder aktuelle Gemeinderatsbeschluss auch auf künftige Haushalte aus. Ganz konkret mit den Planungen für den nächsten Doppelhaushalt geht es dann im Herbst 2021 los.

# Namen und Nachrichten

Mit hohem Engagement und vielen Ideen hat Johann-Alfred Hauser den Abenteuerspielplatz im Dietenbachpark, kurz ABI, gegründet und geleitet – jetzt ist er im Alter von 77 Jahren gestorben. Durch sein Wirken entstanden auf dem 6000 Quadratmeter großen Gelände viele Erlebnisräume, Werkstätten und eine Bäckerei; Stadtkinder bekamen Zugang zu einem Gemüsegarten und Tieren. Hauser, der vielen als Fred bekannt war, gelang es mithilfe von Spendern und Sponsoren, die Einrichtung auch in schwierigen Zeiten weiterzuentwickeln. Heute kooperiert sie mit Kitas sowie Schulen und ist eine Modelleinrichtung im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Zum 1. September 2022 wird André de Ridder neuer Generalmusikdirektor (GMD) am Theater Freiburg. Dies entschied kürzlich der Gemeinderat und folgte damit dem klaren Votum der gemeinderätlichen Findungskommission vom Februar. De Ridder wurde 1971 geboren, wuchs in Berlin auf und studierte an der Musikhochschule Wien und an der Royal Academy of Music in London. Nach Stationen als Dirigent beim Bournemouth Symphony Orchestra, dem Hallé Orchestra Manchester, der Sinfonia Viva und dem Copenhagen Philharmonic Orchestra ist er aktuell künstlerischer Leiter des Musica Nova Festivals Helsinki, Finnlands größtem internationalen Festival für Neue Musik. Er gastiert regelmäßig bei Orchestern wie dem New York Philharmonic, dem BBC Symphony Orchestra oder dem Concertgebouworkest in Amsterdam. De Ridder tritt die Nachfolge von Fabrice Bollon an, der seit 2009 Generalmusikdirektor des Philharmonischen Orchesters ist. Sein Vertrag gilt bis 31. August 2027.

# In Auszügen: Die Haushaltsreden der Fraktionen

Haushaltsserie (Teil 12): Das sagen die Fraktionen und Gruppierungen zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2021/2022 am 27. April

## Die Grünen

### Ein Haushalt mit grüner Handschrift

#### Bestandsaufnahme

Der Haushalt erwirtschaftet zum ersten Mal seit vielen Jahren keinen nennenswerten positiven Beitrag, mit dem sich Investitionen finanzieren ließen. Um den Ergebnishaushalt auch nur einigermaßen zur Deckung zu bringen, hat die Verwaltung zu einem noch nie dagewesenen Mittel gegriffen: Die Tarifierhöhungen 2021/22 werden nicht abgebildet, sondern müssen selbst erwirtschaftet werden. Das betrifft auch die Zuschüsse an freie Träger und Kultureinrichtungen, für die dies einschneidende Kürzungen darstellt. Diese Maßnahme ist letztlich ein Ausdruck von Hilflosigkeit, und der Protest der Betroffenen ist verständlich. Wir haben leider keine Gegenfinanzierung für die erforderlichen Beträge von bis zu 19 Millionen Euro gefunden.

Meine Fraktion schmerzt besonders, dass dringende Projekte im Schulbereich nun erst im nächsten Doppelhaushalt begonnen werden können. So wird die dringend erforderliche Sanierung der Max-Weber-Schule nochmals verschoben. Aber mit symbolischen Beträgen wäre es da nicht getan; die tatsächlich erforderlichen Millionenbeträge sind in diesem Haushalt nicht seriös darzustellen. In der letzten Gemeinderatssitzung hat die Verwaltung unseren Prüfauftrag übernommen, die Sanierungen im Schulbereich im Zuge der Verwaltungsrestrukturierung zu verstetigen. Die Schulbausanierung soll in eine Sonderrechnung, also etwa einen Eigenbetrieb, übernommen und mit regelmäßigen Zuflüssen aus dem Haushalt abgearbeitet werden.

Zur Fortführung der bereits begonnenen Investitionsvorhaben ist eine Kreditaufnahme von jährlich 45 Millionen Euro vorgesehen. Mit den Kreditemächtigungen des letzten Doppelhaushalts sind das 140 Millionen Schuldenzuwachs: Wir wissen alle, dass sich das beim nächsten Doppelhaushalt nicht wiederholen kann.

Die Notbremsung der Verwaltung erfolgt spät und abrupt: Schon in meiner letzten Haushaltsrede vor zwei Jahren habe ich angemerkt, dass die Verwaltung unverdrossen Ausgaben in Millionenhöhe vorgeschlagen hat; alles gute Vorhaben, aber ohne Berücksichtigung der Auswirkungen auf den Haushalt.

Andererseits klagen wir nach wie vor auf hohem Niveau: Allein die Zuschüsse im Bereich Jugend und Familie betragen insgesamt 113 Millionen beziehungsweise 119 Millionen Euro. Es kann daher nicht die Rede davon sein, dass der städtische Haushalt sozial unausgewogen ist.

#### Sanierungsvorschläge

Die Vorschläge zur Sanierung des Haushaltes anderer Fraktionen haben uns nicht überzeugt. Eine Erhöhung der Gewerbesteuerinnahmen wäre in Zeiten der Pandemie ein Signal in die falsche Richtung. Während Bund und Land sich bemühen, der Wirtschaft unter die Arme zu greifen, können die Kommunen doch nicht das genaue Gegenteil tun.

Ebenso erteilen wir den verschiedenen Vorschlägen, erneut Grundstücke zu verkaufen, eine deutliche Absage. Der Gemeinderat hat den Grundsatzbeschluss getroffen, keinen städtischen Grund und Boden mehr zu verkaufen. Während Städte in der ganzen Republik über eine neue Bodenordnung nachdenken, um die galoppierenden Mieten in den Griff zu bekommen, sind in Freiburg die bürgerlichen Fraktionen noch konsequent dem alten Denken verhaftet. Abzulehnen sind auch Versuche, das Bekenntnis dieses Gemeinderats zur Stärkung der Stadtbau infrage zu stellen. Ernstgemeinte Deckungsvorschläge sehen anders aus.

Das Problem liegt nicht bei den Investitionen, sondern bei den laufenden Erträgen und Aufwendungen. Zu der vorliegenden Schiefelage ist es nicht nur wegen sich abflachender Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen gekommen, sondern vor allem durch steigende Aufwendungen für all die guten Dinge, die wir beschlossen haben: Straßenbahnlinien, Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit und vieles mehr. Wenn wir das nicht rückgängig machen wollen, heißt das, andere Aufwendungen infrage zu stellen. Wir stehen vor einem Prozess der Restrukturierung der Verwaltung, aber allein eine Verschlinkung der Prozesse kann die nötigen Einsparungen nicht erbringen. Die Wiederholung der hilflosen Maßnahme der Aussetzung sämtlicher Tarifierhöhungen lehnen wir ab. Es wird also darum gehen, lieb gewordene Aufgaben infrage zu stellen.

Einen ersten Vorgesmack darauf, was auf uns zukommen könnte, haben wir durch die völlig überzogene Diskussion über die Kürzung beim städtischen Vollzugsdienst erlebt. Verpflichtend, so die eindeutige Aussage des Verwaltungsgerichts im Urteil zum Augustinerplatz, sind Maßnahmen der Stadt nur dann, wenn absolute Rechte betroffener Bürger\*innen verletzt werden, im konkreten Fall also die Gesundheitsgefährdung durch permanenten nächtlichen Lärm. Aber müssen die Damen und Herren des VD tatsächlich schon frühmorgens die Innenstadt bestreifen, um Müllvergehen aufzuspüren oder um Straßenmusiker\*innen zu ermahnen?

## **Mutige Schritte bei Klimaschutz und Verkehrswende**

Die grüne Fraktion ist angesichts der Finanzlage nicht in Schockstarre verfallen. Bei Zuschüssen an Einrichtungen in der Kultur und im Sozialbereich ging es uns unter anderem darum, existenzgefährdende Auswirkungen der Coronapandemie aufzufangen, und um Maßnahmen, die aufgrund von Co-Finanzierung nicht aufschiebbar waren. Für alle unsere Anträge haben wir realistische Deckungsvorschläge eingebracht – was ein schmerzhafter Diskussionsprozess war.

Es ist uns gelungen, diesem Haushalt eine grüne Handschrift zu geben. Wir folgen damit auch dem Auftrag gerade der jüngeren Generation an uns, eine klimagerechte und nachhaltige Zukunft dieser Stadt tatkräftig zu gestalten. Der Klimawandel interessiert sich nicht für die Lage des städtischen Haushalts.

Wir haben insgesamt drei Millionen Euro eingestellt für mehr Klimaschutz. Darunter zwei Millionen Euro für Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Schulen. Es handelt sich nicht um umweltpolitischen Firlefanz, sondern um Maßnahmen, mit denen sich massiv CO<sub>2</sub> einsparen lässt. Diese Investitionen sind auch ökonomisch nachhaltig, weil sich dadurch dauerhaft Energiekosten einsparen lassen.

Im Umweltausschuss wurde die kommunale Klimaschutzbilanz 2018 vorgestellt. Das Ergebnis ist ernüchternd. Würde die bisherige Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen so fortgeschrieben, würde das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 massiv verfehlt. Wir haben daher beantragt, die Mittel aus der Konzessionsabgabe für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen bis 2025 in zwei Schritten von jetzt 50 Prozent auf 100 Prozent zu erhöhen.

Außerdem werden wir mit diesem Haushalt mutige Schritte einleiten zu einer echten Verkehrswende.

Wir haben beschlossen, die Gebühren für das Anwohner\*innenparken auf durchschnittlich 30 Euro pro Monat zu erhöhen. Wichtig ist uns, diese Gebühren nach dem Platzbedarf der Fahrzeuge sowie auch nach sozialen Kriterien zu staffeln. Bei einer Förderquote von durchschnittlich 67 Prozent bei Förderprogrammen von Bund und Land generieren wir mit den Einnahmen ein Investitionsvolumen von über acht Millionen Euro für den Ausbau von Rad- und Fußverkehr.

Wir wollen die Stadt für die schwächeren Verkehrsteilnehmer\*innen sicher und attraktiv machen, die Luftqualität verbessern und den öffentlichen Raum wieder für alle erlebbar machen. Wer Augen im Kopf hat, sieht doch, dass die schiere Menge der Autos auf den Straßen das öffentliche Leben erstickt. Das Ergebnis des Fuß- und Radentscheids hat gezeigt: Viele Menschen wollen dem Beispiel anderer Städte nacheifern und daran etwas ändern.

## **Schluss**

Zum Schluss noch ein persönliches Wort an Sie, Herr Oberbürgermeister. Ich erwarte von Ihnen zwei Dinge:

Zum einen, dass Sie die Stadt mutig und entschieden durch diese Finanzkrise führen. Es wird nicht einfach werden, Prioritäten zu setzen. Ich erwarte von Ihnen in diesem Prozess Glaubwürdigkeit und Stehvermögen. Dann sehe ich auch meine Fraktion an Ihrer Seite.

Und ich erwarte von Ihnen, dass Sie den Kampf gegen den Klimawandel nicht als ein Thema unter vielen betrachten, sondern als das, was es auch für die Kommunen ist: nämlich die wichtigste und drängendste Aufgabe. Das ist mittlerweile nicht nur bei den Grünen, sondern in der Wissenschaft, in der Wirtschaft und bei den meisten Menschen angekommen. (Maria Viethen)

Komplette Rede unter: [fraktion.gruene-freiburg.de](http://fraktion.gruene-freiburg.de)

# Eine Stadt für alle

## Ein Haushalt auf Kosten der sozialen Balance in der Stadt

Dieser Haushalt steht unter heftigem Beschuss. Einige Fraktionen werden ihn wohl ablehnen, weil er nicht ohne Neuverschuldung auskommt, sie lehnen aber gleichzeitig eine Erhöhung der Gewerbesteuer ab, mit der dauerhaft die Einnahmesituation verbessert werden könnte – und müsste. Für uns ist dieser Haushalt ein schlechter Kompromiss auf Kosten einer sozial gerechteren Stadt.

Bei dem vorliegenden Entwurf handelt es sich um eine Momentaufnahme. Angesichts der wieder anziehenden Konjunktur, der vollen Auftragsbücher nicht nur in der Industrie, auch im Handwerk, bestehen begründete Anhaltspunkte dafür, dass sich die Einnahmesituation der Stadt deutlich besser entwickeln wird, als wir jetzt annehmen. Wir wissen aus verschiedenen Untersuchungen, dass arme Menschen unter den Folgen der Coronapandemie besonders leiden. Es sind dieselben, die in besonderer Weise auf ausreichende staatliche Leistungen angewiesen sind. Deshalb ist es grundfalsch, im sozialen Bereich zu sparen. Hier gilt einmal mehr: „Falsch gespart kommt richtig teuer.“

Keine Alternative ist es, das Haushaltsdefizit auf Kosten des sozialen Wohnungsbaus auszugleichen, wie es unter anderem CDU und Freie Wähler beantragen. Den hier endlich eingeschlagenen Kurs einer Forcierung des Mietwohnungsbaus, insbesondere des öffentlich geförderten, zu torpedieren, ist der eigentliche Skandal der Anträge zum Haushalt. Die von der Verwaltung vorgelegte Drucksache zur Aufhebung beziehungsweise Abänderung bereits vom Gemeinderat beschlossener wichtiger Projekte lehnen wir ab. Die Umsetzung des Westbads, die Sanierung der Max-Weber-Schule, die dynamischen Erhöhungen der Personalausgaben auch im Kulturbereich hätten weitergehen müssen! (Michael Moos)

## Stopp der Weitergabe der Lohnerhöhungen verschärft soziale Ungleichheit

Der vorliegende Haushalt erscheint damit in Teilen fast so bleiern, wie diese Zeit selbst. Anstatt notwendiger Weiterentwicklung bildet er doch in zentralen Bereichen lediglich den Status quo ab und leistet zu wenig für Investitionen in Schulen, in Kita- und Schulkind-Betreuungsplätze. Wir stellen strittig, dass die Sanierung der Max-Weber-Berufsschule trotz unerträglicher Zustände wieder hintenangestellt werden soll. Ferner beantragen wir Schulsozialarbeit auch für SBBZs.

Inakzeptabel ist die faktische Kürzung der Personalkostenbudgets der städtischen Ämter und der Zuschussempfängerinnen. Zynisch ist es zu verlangen, das Personal solle – trotz steigender Verantwortung – seine eigene Tarifierhöhung durch Wiederbesetzungssperren, Arbeitsverdichtung und Abbau von Stellenanteilen kompensieren. Alle Care-Arbeitenden haben mehr verdient. Die Überlastung dieser Berufsgruppen und Ehrenamtlichen wird steigen, der Sozialabbau wird sich verschärfen. Gerade jetzt müssten Menschen in Soloselbständigkeit, Niedriglohngruppen und Transferbezug besonders gestärkt werden, die Krise trifft sie wirtschaftlich wie psychisch am härtesten. So aber wird die soziale Ungleichheit verschärft.

Zur Kultur: Wahrlich – ohne sie ist's still. Umso mehr sehen wir unsere kommunale Kulturpolitik in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass in diesem Ausnahmezustand keine Künstler\*innen, keine einzige Kulturinitiative oder noch so kleine Spielstätte verloren gehen. Unsere erfolgreichen Anträge für einen Kultur-Nothilfefonds und für Festivals in allen Sparten sollen helfen, im Kultursommer 2021/2022 möglichst viele Kulturschaffende wieder sichtbar und hörbar zu machen. (Lina Wiemer-Cialowicz)

## Mehr Investitionen und Ausgaben sind notwendig, gerade in der Krise!

Dass dieser Haushalt eine harte Nuss wird, war klar. Das liegt in erster Linie an den Auswirkungen der Coronapandemie, aber auch an der konservativen „Maß-und-Mitte-Haltung“ ebenso wie am Motto der Grünen „Alles fürs Klima“. Denn im Umkehrschluss bedeutet es ja leider „weniger für Soziales“. Die junge und engagierte Zivilgesellschaft geht allerdings nicht auf die Straße mit der Forderung, Schulden abzubauen, sondern mehr in Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu investieren.

Schulden sind – bis zu einem gewissen Grad – eine Art Nebeneffekt kommunalen Handelns. Denn Schulden, gerade in Zeiten einer Pandemie, sind ja in erster Linie ein Zeichen dafür, dass mehr Ausgaben für die Wirtschaft gemacht wurden, als über Steuern aus der Wirtschaft wieder herausgezogen werden. Wenn wir als Kommune aber sparen, um Schulden abzubauen, wird in der Konsequenz aber auch weniger in Aufträge, Arbeit und Einkommen investiert. Wir halten das für falsch. Dennoch ist vieles gut in diesem Haushalt, weil wir deutliche Fortschritte beim Klimaschutz und der Verkehrswende verzeichnen können: Energieeffizienz in Gebäuden, Blockheizkraftwerke und Photovoltaik auf Schuldächern. Dazu die erfolgreichen Anträge zu Haltestellen in Randlagen und Mehrausgaben für den Fuß- und Radverkehr.

Gerechtigkeitskrise, Klimakrise und Corona-Folgen sind große, aber nicht die einzigen Herausforderungen in den nächsten Jahren. Gerade für die Innenstadt werden wir viel Geld ausgeben müssen, um hier strukturell, rettend und stabilisierend zu gestalten. Da helfen Werbekampagnen und schöne Blumenkästen wenig.

Unsere Fraktionsgemeinschaft steht diesem Haushalt wegen seiner Fehlstellen im Sozialbereich kritisch gegenüber. Die Stadträt\*innen der Linken Liste werden ihm dennoch zustimmen. Die Stadträt\*innen der Grünen Alternative und der Unabhängigen Frauen werden sich enthalten.

(Irene Vogel)

Komplette Rede unter: [www.eine-stadt-für-alle.de](http://www.eine-stadt-für-alle.de)

## Investitionen in unsere Zukunft

Wir haben in den letzten Jahren viel in die Zukunft unserer Stadt investiert, und das ist auch gut so! Denn diese Investitionen tragen dazu bei, dass wir heute in einer lebendigen und vielfältigen Stadt leben. Und darauf sollten wir auch die künftigen Investitionen ausrichten. Mit klaren Prioritätensetzungen. Für meine Fraktion und mich ist klar, wo diese liegen sollten: beim Thema Wohnen, im Bereich Soziales, beim Thema Klima und in der kulturellen Vielfalt.

Für uns ist klar: Wohnen ist ein Menschenrecht. Deshalb setzen wir uns hierbei seit vielen Jahren so massiv ein. Und deshalb sind wir so froh darüber, dass wir das größte wohnungspolitische Paket seit Jahrzehnten beschließen. Wir setzen gemeinsam einen circa 60 Millionen Euro teuren und längst überfälligen Schwerpunkt. Denn die Schere zwischen Arm und Reich droht genau an dieser zentralen sozialen Frage immer weiter auseinanderzuklaffen. Und es ärgert mich aus diesem Grund maßlos, dass es zahlreiche Stadträt:innen gibt, die Wohnungen und Boden verkaufen wollen, um den Haushalt zu sanieren. Das ist maximal kurzfristig gedacht, wenig sozial und damit auch nicht nachhaltig. Wir lehnen deshalb alle Anträge der FW, der CDU und auch der FDP entschieden ab: Haushaltslöcher dürfen nicht auf Kosten des Menschenrechts Wohnen gestopft werden! In Berlin gegen den Mietendeckel klagen und hier weiter munter unseren Grund und Boden verkaufen: Dieser Politik erteilen wir eine klare Absage!

Gestärkt werden müssen auch jene, die unter den Auswirkungen der Pandemie besonders leiden. Das Herunterfahren von Kontakten und die weitreichende Beschränkung auf die eigenen vier Wände verstärkt nicht nur die ohnehin zunehmende Einsamkeit vieler Menschen, sondern begünstigt auch häusliche Gewalt. Daher ist es nicht überraschend, dass die vielen sozialen Beratungsstellen einen deutlichen Anstieg an Beratungen verzeichnen – und genau jene unterstützen wir mit unseren Anträgen.

Die schwierige Haushaltslage ist dafür verantwortlich, dass wir ein sehr wichtiges Projekt aktuell nicht umsetzen können: ein Freibad für Freiburgs Westen. Gerade hier leben Menschen, die sich einen Urlaub am Meer nicht leisten können. Im letzten Haushalt gab es nun endlich eine Mehrheit dafür, das Westbad den stark gewachsenen Einwohnerzahlen entsprechend um ein Freibad zu ergänzen. Auch wenn wir nicht morgen mit Bauen anfangen können, wollen wir den Menschen wenigstens eine Perspektive aufzeigen und signalisieren, dass wir das nicht vergessen haben und das Freibad kommen wird. Aus dem Schwerpunkt Soziales resultiert auch die Stoßrichtung beim Klima. Unsere Handlungsmaxime in den nächsten Jahren sollte immer sein: Trägt diese oder jene Entscheidung dazu bei, Freiburg nachhaltig und sozial zu machen? Um als Stadt unseren Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel zu leisten, müssen wir ein bisschen mehr auf die Kette bekommen als Fahrradwege zu bauen und Parken teurer zu machen. Die Klimawende kann auch auf kommunaler Ebene nur gelingen, wenn wir möglichst viele dabei mitnehmen. Das erreichen wir nicht mit einer Von-oben-herab-Politik der Verbote, sondern nur mit einer Politik auf Augenhöhe, die Anreize schafft. Wir müssen den ÖPNV radikal ausbauen. Und wir dürfen die Lebensrealität derjenigen nicht ignorieren, die, Stand heute, auf ihr Auto angewiesen sind, um morgens zur Arbeit zu kommen.

Soziales, Wohnen, Klima – die Herausforderung besteht darin, diese Themen in Einklang miteinander zu bringen. Unsere Stadt ist nichts anderes als ein Ökosystem – und das muss im Lot bleiben. Wir haben die verantwortungsvolle Aufgabe, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, und werden unseren Beitrag dazu leisten. (Julia Söhne)

## ... dennoch Erfolge

... Die kulturellen Schwerpunkte sind Fehlanzeige im Haushaltsentwurf. Die Aussetzung der Dynamisierung bedeutet eine reale Kürzung und ist ein Fiasko für alle Einrichtungen.

... Doch es gibt inzwischen immer mehr Gemeinderäte und -rätinnen, die sich um die kulturellen Belange der Stadt auch im Sinne der Nachhaltigkeit kümmern wollen und denen die Kulturstadt Freiburg am Herzen liegt. Lasst uns gemeinsam das Haus zum Herzog vor einem drohenden Verkauf und die Stadthalle vor einem drohenden Zerfall durch mutige Konzepte retten!

... In diesem – zugegeben – besonderen Haushalt setzt nun der Gemeinderat die kulturellen und künstlerischen Akzente. Der Corona-Nothilfefonds als ein Schwerpunkt, die Förderung von Musik, Pop, Sub- und Clubkultur als ein weiterer. Künstlerische Kooperationen, Festivals und Beteiligungsprojekte als ein dritter.

... Nun wird vom OB ein Modernisierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre eingebracht. Alle Bereiche der Stadtverwaltung sollen auf den Prüfstand. Leider fällt dieses Vorhaben mit der Fortschreibung des Freiburger Kulturkonzepts zusammen, und wir befürchten, dass die Erneuerung in der Kultur nicht nach inhaltlichen, sondern nach finanziellen Gesichtspunkten stattfindet. Immer noch ist die Kultur eine freiwillige Aufgabe! Leider!

... Wir sollten uns dennoch den neuen Überlegungen von Kulturförderung oder Schwerpunktsetzung nicht verschließen, neue digitale Ansätze aufnehmen und die künstlerischen Prozesse in den Mittelpunkt stellen. Dafür muss dann am Ende vielleicht sogar mehr Geld aufgebracht werden. Gerade nach der Pandemie wird die Kultur eine ganz zentrale Rolle in unserem Leben spielen und zur weiteren Entwicklung unserer Gesellschaft entscheidend beitragen.

(Atai Keller)

Komplette Rede unter: [www.spd-kulturliste.de](http://www.spd-kulturliste.de)

## Absage an ein Stückwerk

In einem Haushaltsentwurf geht es am Ende um mehr als nur die nackten Zahlen. Ganz entscheidend ist, dass aus den vielen kleinen Bausteinen ein großes Ganzes wird, getragen von einer weitsichtigen Gesamtverantwortung.

Die Stadt Freiburg plant im Doppelhaushalt 2021/2022 eine Neuverschuldung von 152 Millionen Euro. Und der aktuelle Haushaltsentwurf schreibt in Zahlen viele Entscheidungen der letzten Jahre fest. Lassen Sie mich unsere Kritik also konkret an den drei Themen Wohnen, Schulen und Umwelt erläutern.

### Fehlende Zielgenauigkeit

Statt die Freiburger Stadtbau im Kampf für mehr bezahlbaren Wohnraum finanziell möglichst krisenfest aufzustellen, nehmen wir ihr mit dem FSB 2030-Konzept eigene Einnahmequellen und hängen sie an den städtischen Tropf. Die dadurch entstehenden Finanzlöcher werden nun mit viel Steuergeld gestopft, ohne dass am Ende auch nur eine einzige Wohnung mehr gebaut werden wird. Zudem beschloss eine Mehrheit dieses Hauses, selbst in den bizarrsten Situationen kein einziges städtisches Grundstück mehr zu verkaufen, selbst wenn diese für die Stadt keinerlei Nutzen haben. Im Sinne des großen Ganzen wäre es stattdessen viel sinnvoller, sich vom Nutzlosen zu trennen. Das Geld aus dem Verkauf – wohlgernekt einzelner! – Grundstücke könnten wir zielgenau in den Ankauf von für die Stadtentwicklung wertvolleren Flächen investieren. Durch Anträge der Fraktionen bekommt zum Beispiel die geplante Schule im neuen Stadtteil Dietenbach nun noch einen Musiksaal, zusätzliche Barrierefreiheit und viele weitere Aspekte. Alles durchaus wünschenswert, betrachtet man singulär das einzelne Vorhaben. Diese Perspektive ist jedoch viel zu kurzfristig. Denn das Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Wer „bezahlt“ also für diese Prestigeprojekte?

Wir haben einen Sanierungsstau von rund einer Milliarde Euro, ein guter Teil davon allein in den Schulen. Anstatt dass wir „unten“ ansetzen und zunächst versuchen, gleiche Grundbedingungen für alle zu schaffen – und da können wir zum Beispiel mit grundlegenden Sanierungen und dem Internetanschluss anfangen – regulieren wir die Spitze auf Kosten vieler unsanierter Bauten in der Warteschlange. Bezeichnend für die Bewertung des Gesamthaushalts ist am Ende also auch immer, was aufgrund anderer Beschlüsse nicht mehr drin stehen kann.

Der Klimawandel ist ohne Frage die Herausforderung unserer Zeit. Aber bringen die zusätzlichen teuren Radwege wirklich den ökologischen Mehrwert, den wir ihnen zusprechen? Ein effektiver und effizienter Klimaschutz muss aus jedem investierten Euro das meiste rausholen. Alles andere können wir uns nicht leisten – weder finanziell noch zeitlich.

### Unsicherheit voraus

Die nächsten Jahre halten viele Unsicherheitsfaktoren für unsere Einnahmensituation bereit. Der Finanzbürgermeister weist in seiner DHH-Rede darauf hin, dass wir als Stadt auf sage und schreibe 84 Prozent unserer Einnahmen keinen unmittelbaren Einfluss haben. Wie können wir, gerade angesichts der aktuellen Situation, so unverantwortlich mit der Verschuldung der Stadt umgehen? Es ist ein bisschen wie auf der Titanic: Man scheint sich in Sicherheit zu wiegen auf dem unsinkbaren Tanker, der Eis- und Schuldenberg liegt unter der Wasseroberfläche, „versteckt im Zahlenwerk des Haushalts und in den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe“, und wir fahren einfach weiter volle Kraft voraus mit derselben Investitionshöhe wie in den letzten Jahren. Und das, egal wie oft der Finanzbürgermeister weitsichtig und deutlich „Eisberg voraus!“ ruft. Für uns ist daher klar: Wir müssen die ganze Stadt im Blick haben und ressourcenschonend ein Gesamtkonzept er- und abarbeiten. Mit unseren Anträgen wären mehr als elf Millionen Euro weniger ausgegeben worden. Und das, obwohl auf unserer Liste dringend benötigte zusätzliche Kita-Plätze, die Erweiterung der Max-Weber-Schule und auch ein Nothilfefonds für die Kultur stehen.

### Strategie gesucht

Die Fragen, die wir zu beantworten haben, lassen sich nicht in zwei Jahren oder einer Amtsperiode lösen. Sie sind kontinuierlich. Daher braucht es eine finanzpolitische Strategie. Schauen wir auf den CDU-Masterplan: Dieser war ein solcher Plan. Und er ist das über Jahre zusammengehaltene finanzielle Polster, auf dem wir diese Pandemie bislang ohne Überschuldung überstehen konnten.

Ein solches Werkzeug fehlt uns heute.

Dabei verdeutlicht uns die Pandemie erneut, dass wir theoretisch mit allem rechnen müssen. Die Stadt so aufzustellen, dass sie gerüstet ist, das muss die Maxime allen politischen Handelns sein. Und dieser Doppelhaushalt widerspricht dieser Maxime nach Meinung der CDU-Fraktion in zu vielen wesentlichen Punkten. Wir halten die Risiken und Unsicherheiten, die mit vielen der gemeinderätlichen Beschlüsse und vielen Vorhaben des Oberbürgermeisters verbunden sind, für nicht tragbar, und werden hierfür nicht die Verantwortung übernehmen. Daher lehnen wir den Haushalt ab.

(Carolin Jenkner)

Komplette Rede unter: [www.cdu-fraktion-freiburg.de](http://www.cdu-fraktion-freiburg.de)



# Jupi

## Freiburg zukunftsfähig gestalten

Vor zwei Jahren wurden 22 neue Gemeinderät\*innen in unser Gremium gewählt. Damals war auch durch viele kleinere Listen die Hoffnung groß, dass die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft jetzt noch besser abgebildet wird und gerade dadurch wichtige Projekte für alle Bürger\*innen dieser Stadt initiiert werden.

Zwei Jahre später kommen wir heute zusammen zur bisher wichtigsten Sitzung unserer Amtszeit, und es ist klar, dass vieles anders gekommen ist, als wir es uns damals erhofft haben.

Bis jetzt sind 146 Freiburger\*innen durch das Coronavirus gestorben, und etliche mehr werden noch lange mit den Folgen ihrer Erkrankung kämpfen.

Tausende weitere Menschen in unserer Stadt haben Angst um ihre Zukunft und ihre Existenz, weil sie nicht wissen, wann und wie sie ihre Läden und Restaurants wieder öffnen können, weil sie mit den Kulturstätten unserer Stadt auch ihren Arbeitsplatz verloren haben, oder weil sie seelisch so sehr darunter leiden, dass sie Familie und Freund\*innen kaum sehen können. Nichts läuft wie geplant in dieser Zeit.

Und doch ist es genau diese Zeit, in der wir als Mitglieder des Gemeinderats unserer Verantwortung gerecht werden müssen und einen Haushalt beschließen, bei dem von Anfang an klar war, dass er niemals alle Wunden der Pandemie verarzten kann.

Wir schaffen es zum Beispiel nicht, die Gelder für die Tarifierhöhung der Menschen weiterzugeben, die oftmals die Schwächsten unserer Gesellschaft durch die Pandemie getragen haben.

Wir schaffen es ebenfalls nicht, den Kulturschaffenden die vereinbarte regelmäßige Erhöhung ihrer Förderung zukommen zu lassen.

Und wir schaffen es nicht, genügend Geld für lang geplante Projekte wie das Außenbecken im Westbad oder die Sanierung der Max-Weber-Schule zur Verfügung zu stellen.

Das Virus ist eben ein Arschloch. Es ist nicht nur eine Bedrohung für unsere Gesundheit, sondern verstärkt Schwierigkeiten, mit denen wir schon vorher zu kämpfen hatten. Die angespannte Haushaltslage ist dafür ein weiterer Beleg. Und dennoch bin ich mir sicher: Wir werden das Virus gemeinsam besiegen, und für die Zeit danach stellen wir schon jetzt die Weichen. Um den Kulturschaffenden wieder eine Perspektive zu geben, beschließen wir heute einen Innovationsfonds und wir schaffen durch eine Nachtbürgermeister\*in bessere Strukturen, um die Kulturstadt Freiburg für alle Alters- und Zielgruppen voranzubringen.

Wir beschließen auch die Umsetzung neuer sozialer Projekte, die jungen Obdachlosen helfen und die medizinische Versorgung von Menschen ohne Pass ermöglichen. Wir stärken Vereine, die von sexueller Gewalt Betroffene beraten, und geben in Zukunft mehr Geld für Inklusion und Bildungsarbeit im Bereich der sexuellen Vielfalt aus.

Zudem investieren wir drei Millionen Euro mehr für klimagerechte Infrastruktur, um schneller klimaneutral zu werden. Wir beschleunigen den Wandel hin zu umweltfreundlicher und sicherer Mobilität, indem wir die hohen Förderquoten ausnutzen, um unser Fuß- und Radwegenetz massiv zu verbessern. Und weil wir wissen, dass diese Maßnahmen alleine nicht ausreichen, sorgen wir dafür, dass in den nächsten Haushalten durch eine Erhöhung des Klimaschutzfonds neue Standards gesetzt werden.

All diese Schritte sorgen leider dafür, dass der städtische Schuldenstand weiter ansteigt. Die Konsolidierung unseres Haushalts ist eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Die wirklich großen Brocken gewinnen wir hierfür nur durch eine klare politische Priorisierung. Hierzu muss aber auch gesagt sein, dass ein Oberbürgermeister, der öffentlich zum Thema Klimaschutz wie ein Grüner, zum Thema Wohnen wie ein Sozialdemokrat, zum Thema Sicherheit wie ein Konservativer und zum Thema Digitalisierung wie ein Liberaler redet, auf lange Sicht an Glaubwürdigkeit verliert.

Im Laufe der Verhandlungen hat die JUPI-Fraktion gezielt Impulse gesetzt, die mithelfen, Freiburg sozial, kulturell und ökologisch zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten.

Für uns ist klar: Die Ära der starren, konservativen Mehrheiten in Freiburg ist vorbei und kommt so schnell nicht wieder. Die 22 Neuen, die vor 23 Monaten gewählt wurden, bringen frischen Wind und neue Ideen. In diesem Sinne haben wir in den Haushaltsverhandlungen kein einziges Gesprächsangebot von anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir werden das auch in Zukunft nicht tun, denn wir sind überzeugt, dass genau dieses Vorgehen am Ende dazu führt, dass wir in großer Mehrheit zu den gemeinsamen Ergebnissen kommen, die unsere Stadt im Gesamten voranbringen werden.

(Simon Sumbert)

Komplette Rede unter: [www.jupi-freiburg.de](http://www.jupi-freiburg.de)

# FDP/Bürger für Freiburg

## Liebe Kolleg\*innen,

wir leben in wahrlich turbulenten Zeiten. Natürlich die akuten Herausforderungen der Pandemie, ein schwieriger Spagat zwischen dem Schutz vor Leid und Tod und der Einschränkung grundlegender Freiheiten. Rund 150 FreiburgerInnen haben wir an das Virus verloren. Soziales Leben, Kultur, Sport – sind massiv beeinträchtigt. Dennoch besteht Hoffnung, dass eine lokale wie globale Kraftanstrengung bald Wirkung zeigen wird.

Die Rathauspitze hat vieles richtig gemacht – sie hat geackert und die Pandemie beherzt angepackt. Freiburg ist bislang relativ gut durch die Coronazeit gekommen. Immer nur zu nörgeln und eine Bestellung von Eieruhren bei Amazon oder die Zusammensetzung des Krisenstabs stärker in den Fokus zu rücken als die eigentliche Arbeit, ist hingegen unverständlich.

Die Verwaltung hat auch bei der Aufstellung des Haushalts dazugelernt. Martin Horn und Stefan Breiter wollten sich nicht noch einmal vom Gemeinderat überrumpeln lassen. Sie haben einen angemessenen Haushaltsentwurf vorgelegt, das strukturelle Defizit klar genannt und eine Giftliste eingebracht.

Das störte aber die Mehrheit auf der linken Seite des Hauses wenig – sie behandelt den Haushalt weiterhin wie einen Pott Spielgeld am Monopoly-Tisch.

Zurück zum Erfreulichen: Die Kriminalität sinkt auf breiter Front, die Arbeitslosigkeit bleibt niedrig, ein neuer Stadtteil nimmt Gestalt an, und die Feinde der Demokratie quäken zwar laut, bleiben aber darüber hinaus chancenlos in unserer Stadt. Kultur, Sport, Wissenschaft und Wirtschaft sind gerade in Krisenzeiten tragende Säulen, auf die wir bauen müssen. Neben vielen Hilfen für Kulturschaffende sind wir als Fraktion daher froh, dass es uns gelungen ist, ein Spotlight auf die Innenstadt und den Handel samt Messen und Märkten zu richten und einen Wirtschaftsausschuss einzusetzen.

Auch das Megathema Digitalisierung nimmt langsam Fahrt auf. Deutschland ist in Digitalisierungsfragen noch immer ein Entwicklungsland. Das gilt vor allem für Schulen. Vor zwei Jahren hieß es, man werde zehn Jahre für alle Schulen brauchen, was damals schon zu lang war. Jetzt sind es weitere zwölf – das ist nicht hinnehmbar.

Digitalisierung betrifft aber auch die Verwaltung. Die Gründung des DIGIT und die letzte Woche beschlossene Verwaltungsreform, die auf Modernisierung, mehr Effizienz und eine Entschlackung setzt, waren zwingend notwendig.

Mit einiger Sorge betrachten wir hingegen die Entwicklungen im Baubereich. Der Baubürgermeister wird, überspitzt gesagt, nicht ruhen, bevor nicht auch die letzten BürgerInnen mit gesenktem Kopf vor der Verwaltung erscheinen müssen, um sich jegliche Veränderung – auch den Bau eines winzigen Fahrradschuppens – genehmigen zu lassen.

Auch der von uns geforderte Neubau eines Eisstadions mithilfe privater Investoren soll mit aller Macht verhindert werden. Im Hinterzimmer umgibt man sich gerne mit den ach so bösen Investoren, um Projekte wie den Green City Tower zu retten, nach außen möchte man aber nichts mit ihnen zu tun haben.

An Grüne, ESFA und JUPI sei gesagt – ihr habt eure neue Mehrheit ausgespielt und werdet millionenschwere Mehrausgaben zum Beispiel im Klimaschutz oder dem Radverkehr durchboxen. Alles wichtig, aber es hätte auch den Mut zur Gegenfinanzierung gebraucht. Zum demokratischen Recht, Mehrheiten zu schmieden, gehört dann auch die Pflicht, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Daran werden wir euch erinnern.

Wenn Kultureinrichtungen schließen, Vereine dicht machen oder soziale Dienste aufgegeben werden müssen, dann wird es nicht reichen, das allein auf Corona abzuschieben. Die strukturellen Probleme des Haushalts sind selbstgemacht und werden heute verschärft. Anders als etwa der Bund haben wir in Freiburg eben nicht für schlechte Zeiten vorgesorgt.

Die Ausgabenorgie 19/20 hat die Spielräume weiter verengt. Die Verwaltung hat inzwischen dazugelernt, die Mehrheit des Gemeinderats leider nicht. Unser Abstimmungsverhalten wird von den Ergebnissen der kommenden Stunden abhängen, auch wenn wir an der Stelle nur wenig Hoffnung haben.

(Sascha Fiek)

Komplette Rede unter: [www.fdp-bff.de](http://www.fdp-bff.de)

# Freie Wähler

## Nein zum DHH 2021/2022

Der im Dezember 2020 eingebrachte Doppelhaushalt für die Jahre 2021 und 2022 hat unsere seit Jahren bestehenden schlimmsten Befürchtungen noch bei weitem übertroffen.

90 Millionen Neuverschuldung im Kernhaushalt, circa 60 Millionen zusätzliche Kassenkredite und mehr als 20 Millionen in das Haushaltsjahr 2020 geschobene Ausgaben belegen die nicht anders als dramatisch zu bezeichnende finanzielle Situation, in der sich unsere Stadt befindet. Die Mehrheiten in diesem Haus, aber auch der nicht erkennbare Wille des Oberbürgermeisters, auf Prestigeprojekte zu verzichten, geben wenig Hoffnung, an eine fiskalische Wende zu glauben.

### OB lässt deutliches Signal vermissen

Unsere Fraktion hätte ein deutliches Zeichen von Ihnen erwartet, mit dem Sie gezeigt hätten, dass es Ihnen mit den verbal geäußerten Sorgen um die Finanzen der Stadt ernst ist. Die Auflösung des Referats für bezahlbares Wohnen, das unseres Erachtens keine einzige Wohnung, aber enorme Kosten schafft, wäre hierbei nur ein kleines Signal. Vor allem aber gibt es keinen Grund, an einem Beschluss festzuhalten, der der Freiburger Stadtbau die wirtschaftliche Selbstständigkeit entzieht und sie auf Jahre an den städtischen Subventionstropf hängt.

Der unsägliche 75:25-Beschluss des Gemeinderats ist nicht nur reine Symbolpolitik, sondern schafft keine einzige Wohnung in dieser Stadt zusätzlich.

Bei inzwischen 1,6 Milliarden prognostizierten Schulden zum Jahresende 2024 stellt sich die Frage, welcher fiskalische Sachverstand es rechtfertigt, auf den Verkauf sogenannter Handtuchgrundstücke verzichten zu wollen, oder auch anzunehmen, dass die Stadt Freiburg das Baugebiet Kleinescholz und den städtischen Teil des Baugebiets Dietenbach über die sogenannte Erbbaurechtslösung realisieren kann.

Wenn es also nicht kurzfristig einen Paradigmenwechsel bei den Themen Wohneigentum und städtische Finanzen geben wird, steuert Freiburg sehenden Auges auf eine völlige finanzielle Handlungsunfähigkeit zu.

### Auswirkungen der Corona-Pandemie noch nicht absehbar

Wie Finanzbürgermeister Breiter im Dezember 2020 ausführte, sehen wir in dem vorliegenden Haushalt nur andeutungsweise die finanziellen Auswirkungen der Coronapandemie. Die Steuerausfälle et cetera in 2021 sind darin noch in keiner Weise berücksichtigt.

Bereits heute ist aber klar, dass sich die Kommune auf massiv zurückgehende Einnahmen einstellen muss und zusätzlich massive Anstrengungen, auch finanzieller Art, erforderlich sein werden, um unsere heimische Wirtschaft, den Einzelhandel, die Gastronomie, aber auch den gesamten Kunst- und Kulturbereich wieder in Fahrt zu bekommen.

All diesen Herausforderungen wird der vorliegende Haushalt nicht einmal andeutungsweise gerecht.

Daher:

- Großprojekte, wie z. B. der zweite Bauabschnitt des Verwaltungszentrums, gehören verschoben.
- Der Stadtbaubeschluss gehört zumindest ausgesetzt, wenn nicht sogar aufgehoben.
- Das Verkaufsverbot, zumindest für Handtuchgrundstücke, gehört revidiert.
- Der Erbbaurechtsbeschluss muss endlich mit einem Preisschild versehen werden.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig ergänzen. Hierzu bedarf es jedoch Mut, aber auch die Bereitschaft, über den eigenen Schatten zu springen. Für die Freien Wähler ist dies leider nicht erkennbar.

Wir lehnen daher den vorgelegten Haushalt für 2021 und 2022 ab.

(Johannes Gröger)

Komplette Rede unter: [www.freie-waehler-fraktion-freiburg.de/aktuelles](http://www.freie-waehler-fraktion-freiburg.de/aktuelles)

**AfD**

## **Haushaltsrede DHH 2021/2022**

Sehr geehrter OB Horn,

Max Weber ordnet der Politik drei Qualitäten zu: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Über die Leidenschaft zu Ihrer Arbeit kann ich nicht urteilen. Ich habe schon das Gefühl, dass Sie mit Begeisterung bei der Sache sind. Auch und gerade, wenn Sie sich ins zeitgeistig rechte Licht rücken können. Spätestens dieser Haushaltsentwurf ist aber der Beweis, dass es Ihnen zumindest an Verantwortung mangelt. Und von Augenmaß kann ohnehin keine Rede sein.

Dieser Haushalt ist vor allen Dingen geprägt von Ihrem Bedürfnis, sich um die großen Themen zu kümmern. Klima, Energie, Flüchtlingsströme, Mobilitätswende. Darunter geht es nicht. Sie kommen in der Tat Ihrer Gesinnungspflicht nach und haben einen Haushalt vorgelegt, bei dem selbst die Grünen es schwer hatten, ihn zu verschlechtern. Sie sind ein Kommunalpolitiker mit globalpolitischem Anspruch. Aber damit werden Sie den Bedürfnissen dieser Stadt nicht gerecht. Der Schuh drückt woanders. Im Kleinen. Sie haben in erster Linie Verantwortung für die Bürger dieser Stadt und eben nicht für das Weltklima. Ihr Haushalt ist letztlich eine Kapitulation vor dem linksgrünen Zeitgeist. Zum Schaden dieser schönen Stadt. Wir könnten aber – bei einer weniger ideologischen Herangehensweise vieles vereinen. Klimaschutz und Bildung, Energie- und Sport, Unterstützung für Kultur und Soziales wie eine bessere Ausstattung der Bürgervereine. Schauen wir uns einmal genauer an, womit Sie die Kasse der Stadt überfordern:

- Knapp 40 Millionen für Bürokratie-Modernisierung. Hier wäre weniger mehr gewesen.
- Ausgaben für Mobilitätsmaßnahmen 85 Millionen. Darunter absurde Summen für Fahrradwege.
- Freiwillige Zuschüsse. Ein Fass ohne Boden mit einer Gesamtsumme von über 310 Millionen. Hier die Heckenschere ansetzen hätte wenigen geschadet, aber vielen geholfen, die in der Coronakrise das erste Mal um Hilfe bitten mussten.

Wir befinden uns zu Beginn einer der schwersten globalen Wirtschaftskrisen. Der Leerstand in der Innenstadt spricht Bände. Hilferufe aus Kultur, Einzelhandel und Gastronomie schmerzen. Sie aber scheinen sich auf Geldregen aus Stuttgart und Berlin zu verlassen. Das dürfen Sie aber nicht. Sie müssen vorausschauend handeln, sorgsam agieren. Tun Sie aber nicht. Sie sprechen von einem zukunftsorientierten Haushalt, und er ist doch das Gegenteil.

Die Zukunft dieser Stadt, Herr Horn, sind die Menschen dieser Stadt. Sich um diese zuerst zu sorgen, das ist Ihre erste Pflicht. Alles andere ist Kür. Aber Sie sind nun mal ein Mann der Kür. Damit alleine könnten wir ja leben bei ständig schönem Wetter. Aber es wird hässlich werden, und das wissen Sie. Trotzdem stellen Sie nicht um auf Pflicht, bringen Freiburg dadurch in gefährliches Fahrwasser. In zwei Jahren nämlich werden wir uns nicht darüber unterhalten, welche Schule wir sanieren. Wir werden darüber sprechen, welches Schwimmbad geschlossen wird. Wir werden Zuschüsse zurückschneiden müssen, bis es weh tut. Wir werden keine neuen Spielplätze sehen, sondern vernagelte Schaufenster.

(Detlef A. Huber)

Komplette Rede unter: <https://fb.watch/5bQ07ZVaLh/>

# Freiburg Lebenswert

## Haushaltsrede 2021/22

Ich will es vorwegnehmen: Ich halte die Priorisierung der Kürzungen, wie sie die Stadtverwaltung vorsieht, für völlig falsch. Während auf der einen Seite der Freiburger Bürgerschaft massive Verschlechterungen in vielen Bereichen zugemutet werden, wird auf der anderen Seite das Geld mit vollen Händen ausgegeben. So steht keine der heiligen Kühe der Stadt, nämlich Baugebiete wie Dietenbach, Zinklern oder die artenreiche Zähringer Höhe, auch nur ansatzweise auf dem finanziellen Kürzungsprogramm. So sollen allein in diesen beiden Haushaltsjahren 65 Millionen Euro für den geplanten Stadtteil Dietenbach ausgegeben werden, den beim Bürgerentscheid 40 Prozent der Freiburger Bürger ablehnten. Angesichts der nicht eingehaltenen Versprechungen wie der Erhalt von Waldflächen oder wegen der letzten drei Dürrejahre dürfte der Anteil der Dietenbachgegner inzwischen deutlich zugenommen haben. Diese einseitige Ausrichtung der Ausgaben hin auf den zerstörerischen Wohnungsbau macht es mir schwer, diesem Haushalt zuzustimmen.

Denn neben dem finanziellen Haushalt der Stadt gibt es einen weiteren Haushalt, der uns sehr viel mehr Sorgen bereiten müsste und das ist unser CO<sub>2</sub>-Haushalt. Während wir beim Verkehr inzwischen die Weichen stellen hin zu einem CO<sub>2</sub>-freien Verkehr der Zukunft, passiert beim Bauen das genaue Gegenteil. Es wird weiterhin einem krankhaften Wachstum gehuldigt, das seinesgleichen sucht. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz Freiburgs wird durch das überdrehte Bauen völlig verhägelt.

Ich will noch einen weiteren Haushalt anführen, den ich als wichtig erachte, und das ist unser Wasserhaushalt. In der Schweiz schlägt man Alarm, dass die Gletscher wegen fehlender Niederschläge massiv schwinden. Das wird unangenehme, wenn nicht gar katastrophale Auswirkungen auch für uns haben. Denn ohne das Schmelzwasser der Gletscher wird es passieren, dass die Wasserpegel selbst großer Ströme wie der des Rheins drastisch absinken. Das wird fatale Auswirkungen für die Landwirtschaft, aber auch für die Auewälder wie den Mooswald haben. Wir wären dann froh, wenn wir noch Hochwassergebiete wie Dietenbach hätten, die das Wasser wenigstens zum Teil in ihren humosen Schichten zurückhalten können und dadurch die erwartbar negative Veränderung des Wasserhaushalts der Region zumindest abgemildert würde.

Schauen wir also nicht nur auf den Finanzhaushalt der Stadt, sondern nehmen wir den viel kritischeren CO<sub>2</sub>-Haushalt und damit den Wasserhaushalt Freiburgs in den Blick, die sich letzten Endes auch entscheidend auf den städtischen Finanzhaushalt auswirken werden.

(Wolf-Dieter Winkler)

Komplette Rede unter: [www.freiburg-lebenswert.de](http://www.freiburg-lebenswert.de)

# Städtebauförderung feiert 50. Geburtstag

Seit 1979 sind rund 90 Millionen Euro nach Freiburg geflossen – Virtueller Knopfhäuserundgang zum Aktionstag  
Was wäre Freiburg ohne die Städtebauförderung von Bund und Land? Sicherlich auch liebenswert und ein Tourismusmagnet – aber in vielen Stadtteilen auch weniger modern, sozial oder lebenswert. Insgesamt sind seit 1979, als das Sanierungsverfahren Im Grün begann, über 90 Millionen Euro nach Freiburg geflossen.

Die Städtebauförderung von Bund und Land ist eines der ältesten und mit Sicherheit eines der sinnvollsten Förderprogramme der öffentlichen Hand. Allein in Baden-Württemberg wurden in den vergangenen 50 Jahren fast 900 Kommunen bei der städtebaulichen Erneuerung von Bund und Land unterstützt. Zum Zuge kamen Städte und Gemeinden in Ballungsräumen ebenso wie im ländlichen Raum. Dabei hat sich die Städtebauförderung als flexibles Instrument bewährt und zugleich als „lernendes Programm“ stets an neue Herausforderungen angepasst.

Im Fokus standen damals wie heute aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen. Oft ging es um die Sanierung stadtbildprägender Quartiere mit intakten Sozialstrukturen, aber stark sanierungsbedürftiger Bausubstanz. Nach der reinen Marktlogik wären wohl viele dieser Quartiere entweder abgerissen oder luxussaniert worden – beides mit dem unwiederbringlichen Verlust von bezahlbarem Wohnraum und sozialer Vielfalt verbunden.

Im Mittelpunkt der Förderung steht, den Bewohnerinnen und Bewohnern ein attraktives Lebens- und Wohnumfeld zu erhalten und neu zu gestalten und dabei ein besonderes Augenmerk auf Klimaverträglichkeit zu richten. Lebendige und lebenswerte Quartiere sowie Stadt- und Ortskerne, die die Versorgungsfunktion auch und gerade im Interesse einer immer älter werdenden Gesellschaft verlässlich wahrnehmen, attraktive öffentliche Räume und die Schaffung unverzichtbarer Gemeinbedarfseinrichtungen sind ebenfalls zentrale Aufgabenstellungen. Genauso wie der Erhalt und die Sicherung des gebauten kulturellen Erbes, das den Bürgerinnen und Bürgern ein vertrautes Umfeld bewahrt.

Dabei ist die Bürgerbeteiligung eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Sanierung. Bürgerinnen und Bürger sind von Anfang an in die Gestaltung ihres Quartiers einbezogen und können am Verfahren mitwirken. So entstehen lokal abgestimmte Lösungen mit hoher Qualität, Transparenz und Akzeptanz bei den Bewohnerinnen und Bewohnern.

## Hohe Zuschüsse, aber auch viel Eigenanteil

Zur bemerkenswerten Konstanz der Städtebauförderung gehört auch, dass sich die Förderbedingungen für die Kommunen in einem halben Jahrhundert im Grundsatz nicht verändert haben. Lange Jahre gab es zwei Drittel der Projektkosten als Zuschuss von Bund und Land. Ein Drittel musste die Kommune aus Eigenmitteln beisteuern. Aktuell liegt das Verhältnis bei 60 zu 40, der Eigenanteil ist also etwas gestiegen. Hinter den eingangs genannten 90 Millionen Euro Zuschuss stecken tatsächlich also über 140 Millionen Euro als Gesamtsumme, die in die bislang 13 Freiburger Sanierungsverfahren geflossen sind.

## Aktuell fünf Projekte in Freiburg

In Freiburg laufen aktuell folgende fünf städtebauliche Sanierungsverfahren, die maßgeblich von Bund und Land gefördert werden:

### Betzenhausen-Bischofsllinde

Das Quartier rechts und links der Sundgauallee wird seit 2013 umfassend im Rahmen des Zentren-Aktivierungs-Konzepts (ZAK) aufgewertet. Im Mittelpunkt stehen dabei die Umgestaltung der Sundgauallee, eine Aufwertung der beiden Stadtteilzentren, die Neugestaltung des Betzenhauser Torplatzes und des Platzes am Bischofskreuz sowie ein Geschäftsstraßenmanagement, das die lokale Infrastruktur stabilisieren soll. Insgesamt werden rund 2,5 Millionen Euro bis zum Ende als Zuschuss geflossen sein.

### Haslach Südost

Im Quartier rund um die Belchenstraße liegt der Fokus auf der Sanierung des Gebäudebestands, der Schaffung neuen Wohnraums und der Umgestaltung der Brandel-Anlage. Seit 2016 (und noch bis 2023) laufen hier die Arbeiten, deren sichtbarste Zeichen die Aufstockung der Gebäude Belchenstraße 12–34 sowie die Neubebauung im Bereich des abgebrochenen Hochhauses und des Pavillons in der Belchenstraße 8 und 10 sind. 4,7 Millionen Euro sind hierfür sowie für die Sanierung der Kita Tausendfühler als Zuschuss zu verbuchen.

### Sulzburger Straße

Seit 2017 und voraussichtlich noch bis 2026 laufen ähnliche Arbeiten im Hühelheimer Weg 2–6 und in der Sulzburger Straße 15–19. Abriss und Neubau gibt es hier nicht, dafür aber umfangreiche Modernisierungen und Instandsetzungen. Außerdem wird die Seniorenwohnanlage der AWO saniert und erweitert. Den Umfang der Arbeiten in Weingarten zeigt die Fördersumme: 7,4 Millionen Euro sind bereits bewilligt, weitere knapp 5 Millionen werden benötigt und nach und nach bei Bund und Land beantragt.

### Knopfhäusle-Siedlung

Der Bestand der denkmalgeschützten Arbeitersiedlung in der Oberwiehre hing lange am seidenen Faden. Zu hoch schien der Sanierungsaufwand, zu gering die Wohnfläche. Ohne Städtebauförderung wäre der Erhalt des liebenswerten Quartiers mit seinen rund 150 Jahre alten Kleinst- und Einfachstwohnungen kaum finanzierbar gewesen. Jetzt erhalten die Knopfhäusle das Gewand zurück, aber mit moderner Technik. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen zur Sanierung ausziehen, können später aber ins Quartier zurückkehren – und wollen das in großer Zahl auch. Gebaut wird seit 2020; bis 2026 soll alles fertig sein. 3,7 Millionen Euro sind als Zuschuss bereits bewilligt. Benötigt (und sukzessive beantragt) werden nach derzeitigem Stand rund 6,5 Millionen Euro.

## Breisacher Hof

Das jüngste Projekt wurde 2020 in das Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ aufgenommen und bringt voraussichtlich ab 2022 eine umfassende Sanierung der Kasernengebäude im Breisacher Hof sowie eine Aufwertung der innenliegenden Grün-, Frei- und Spielflächen. Außerdem wird das bestehende Sozial- und Jugendzentrum saniert. 1,7 Millionen Euro sind als Zuschuss bereits bewilligt, insgesamt benötigt werden voraussichtlich 7,6 Millionen Euro.

## Abgeschlossene Projekte

Ende der 1970er-Jahre hat sich Freiburg mit dem ersten Sanierungsverfahren um Zuschüsse aus der damals noch recht jungen Städtebauförderung beworben. Das Projekt war dafür gleich ein ganz großes: Im Grün ging es ab 1979 um den Erhalt des Gebäudebestands und der durchmischten Wohn- und Gewerbestruktur. Dabei sind Institutionen entstanden, die Freiburg seit vielen Jahrzehnten prägen: Beispielhaft genannt seien das Grethergelände, das Jazzhaus oder das Crash. Fast zwei Jahrzehnte zog sich das Sanierungsverfahren, in dessen Verlauf bis 1998 über acht Millionen Euro nach Freiburg flossen. Schon 1989 ging es im benachbarten Sedanquartier weiter, dessen heutiger Lebenswert ohne die Städtebauförderung kaum denkbar wäre, da sie unter anderem die Umgestaltung von Sedan-, Moltke- und Wilhelmstraße ermöglichte. Auch der Bereich rund ums Konzerthaus war Teil dieses Sanierungsverfahrens, für das zwölf Millionen Euro als Zuschuss verbucht werden konnten. Auch für die diversen Projekte zur Umgestaltung der Bahnhofsachse mit Bismarckallee und Schnewlinstraße gab es insgesamt fast acht Millionen Euro als Zuschuss.

In den Folgejahren richtet sich der Fokus der Freiburger Sanierungsprojekte überwiegend auf Haslach und Weingarten. In Alt-Haslach standen die Sanierung der denkmalgeschützten, ab 1929 gebauten Laubenhofsiedlung sowie die Neubebauung am Laubenweg auf dem Programm. Rund neun Millionen Euro gab es insgesamt im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts als Zuschuss für dieses Projekt

In Weingarten-Ost und -West standen vor allem Sanierungen von Hochhäusern auf der Agenda. Dabei ist unter anderem auch das deutschlandweit erste Bestandshochhaus mit Passivhausstandard entstanden – bis heute ist die „Buggi 50“ ein Leuchtturmprojekt der Green City. Insgesamt sind seit 1992 über 30 Millionen Euro als Zuschuss nach Weingarten geflossen, insgesamt also rund ein Drittel der gesamten Städtebauförderung in Freiburg.

Auch die Altstadt hat vielfach von den Bundes- und Landeszuschüssen profitiert. Sei es mit der Umgestaltung von Garten- und Grünwälderstraße, dem Platz am Breisacher Tor oder als Schwerpunkt die Sanierung des Augustinermuseums. Auch hier gilt: Ohne die über neun Millionen Euro aus der Städtebauförderung wäre hier vieles nicht oder nicht so möglich gewesen.

Kurzum: In die Glückwünsche zum 50. Geburtstag mischt sich aus Freiburg auch eine extragroße Portion Dank – und eine ganz herzliches: Weiter so, liebe Städtebauförderung.

## Stichwort

### Virtueller Rundgang durch die Knopfhäusle

Zum diesjährigen Tag der Städtebauförderung am 8. Mai wird unter [www.freiburg.de/knopfhaeusle](http://www.freiburg.de/knopfhaeusle) ein 360-Grad-Rundgang durch die Knopfhäusle-Siedlung freigeschaltet. Der virtuelle Rundgang zeigt, wie die Siedlung vor der Sanierung ausgesehen hat – und ermöglicht sogar die Besichtigung einer leerstehenden Wohnung. Dazu gibt es jede Menge Infos aus der bauhistorischen Untersuchung, die die Besonderheiten der Häuser und die ursprüngliche Siedlungsstruktur näher erläutern. Weitere Informationen zum Tag der Städtebauförderungen sowie zu den bundesweit stattfindenden Veranstaltungen gibt es im Internet unter: [www.tag-der-staedtebaufoerderung.de](http://www.tag-der-staedtebaufoerderung.de)

# Bauablauf in der Salzstraße

Bei der Erneuerung der Stadtbahngleise in der Salzstraße hat die Freiburger Verkehrs AG den Bauablauf angepasst. Weil die Arbeiten am stadtauswärts führenden Gleis bereits Anfang Juni abgeschlossen sein werden, können Baustelle und Bauzaun schon deutlich früher als bisher geplant von der südlichen Häuserfront abrücken. Damit haben dann die dort ansässigen Geschäfte mehr Spielraum zur Präsentation ihrer Angebote.

Diese erfreuliche Nachricht hat den Grund darin, dass der Bauablauf aus organisatorischen Gründen leicht geändert werden musste: Grundsätzlich bleiben die drei nacheinander abzuarbeitenden Baufelder bestehen. Allerdings wird ab sofort parallel zum derzeitigen westlichen Baufeld auch der östliche Abschnitt vor dem Schwabentor erneuert. Der Zeitplan für die Gesamtfertigstellung bleibt unverändert: Mitte August sollen die Bahnen wieder rollen.



# Parkplätze für Lastenräder

Auf Anregung des Bürgervereins Mittel- und Unterwiehre hat die Stadt in der Wiehre vier neue, größere Parkplätze für Lastenräder geschaffen. Schilder weisen darauf hin, dass hier nur Lastenräder abgestellt werden dürfen, an den Schildermasten können die Räder auch angeschlossen werden. Die neuen XXL-Plätze sind in der Mittel- und Unterwiehre verteilt: am nördlichen Ende der Hildastraße bei der Schwabentorbrücke, in der Quäkerstraße beim alten Wiehrebahnhof, in der Lorettostraße/Ecke Günterstalstraße und in der Günterstalstraße/Ecke Zasiusstraße. Sie befinden sich in der Nähe von Geschäften, Wochenmärkten oder anderen gut frequentierten Punkten wie etwa Kindergärten. Es handelt sich aber nicht um Dauerparkplätze, vielmehr sind sie für kurzzeitige Erledigungen gedacht.

# Betzenhauser Torplatz fertig

Neue Sitzbänke, ein Trinkwasserbrunnen und zwei neue Eichen – die Umgestaltung und Aufwertung des Betzenhauser Torplatzes ist seit dieser Woche abgeschlossen. Ein offen gepflasterter Belag ersetzt die Kunstwerke aus Holz, die vor mehr als 30 Jahren für die Landesgartenschau 1986 aufgebaut wurden.

Im Herzen des neu gestalteten Platzes thront nun eine Eiche, um den Baum herum gibt es zahlreiche Sitzgelegenheiten. An heißen Tagen bietet außerdem ein Trinkwasserbrunnen eine willkommene Abkühlung – eine Anregung des Bürgervereins. Verkehrspoller verhindern künftig, dass auf dem Platz geparkt wird, und neue Fahrradbügel bieten mehr Abstellmöglichkeiten.

Der Umbau des Betzenhauser Torplatzes ist ein zentraler Baustein des Zentren-Aktivierungs-Konzepts (ZAK) Betzenhausen-Bischofslinde, das die Stadt seit 2012 Schritt für Schritt umsetzt, um die Nahversorgung vor Ort zu stärken. Die Baukosten für den Platz liegen bei rund 480 000 Euro. Sie werden von Bund und Land aus dem Städtebauförderungsprogramm mit etwa 200 000 Euro bezuschusst.

# Steigende Preise trotz Corona

Gutachterausschuss legt Immobilienmarktbericht 2020 vor – Trend der letzten Jahre setzt sich fort

Der Schwarzwald vor der Haustür, das Bächle in der Altstadt, zahlreiche Freizeitmöglichkeiten in der Umgebung – es gibt viele gute Gründe, sich in Freiburg niederzulassen. Die Kehrseite: Die Nachfrage nach Immobilien ist groß, die ohnehin schon hohen Preise steigen trotz Coronapandemie unvermindert weiter. Eine Orientierung liefert der jährliche Immobilienmarktbericht.

Wer sich trotzdem für den Haus- oder Wohnungskauf entscheidet, muss sich gründlich informieren. Deshalb stellt ein Gutachterausschuss jedes Jahr einen Immobilienmarktbericht zusammen, der einen Überblick über alle Kauf- und Verkaufspreise liefert – eine praktische Entscheidungshilfe für alle Kaufwilligen.

Denn: Der Immobilienmarkt generierte im Jahr 2020 einen Umsatz von 1,2 Milliarden Euro. Das ist der zweithöchste Umsatz in den vergangenen fünf Jahren, bei einer etwa gleichbleibenden Zahl von verkauften Immobilien. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre unvermindert fort, die Quadratmeterpreise steigen.

## Bauplätze bleiben Mangelware

Nach 32 verkauften Bauplätzen im Vorjahr waren es 2020 nur noch 18 – davon entfallen zwölf Verkäufe auf die Tuniberggemeinden und Hochdorf. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Freiburg, Ebnet, Kappel und Lehen lag bei 857 Euro. Etwas billiger kommen Interessierte in Hochdorf und den Tuniberggemeinden weg: Hier lag der Preis bei 682 Euro pro Quadratmeter.

## Mehr Neubauten als im Vorjahr

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 187 (2019: 189) Ein- und Zweifamilienhäuser und 77 (2019: 86) Mehrfamilienhäuser verkauft. Die Zahl der verkauften neu gebauten Einfamilienhäuser (Reihenendhäuser, Reihenmittelhäuser, Doppelhaushälften) nahm deutlich zu: Wurden 2019 noch sieben Verkaufsfälle registriert, so waren es 2020 schon 18.

28 gebrauchte Reihenendhäuser und Doppelhaushälften (etwa 140 m<sup>2</sup> Wohnfläche, 330 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche) wurden für durchschnittlich 643 000 Euro gehandelt, das entspricht 4660 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche. Ein deutlicher Anstieg zum Vorjahr (3860 Euro/m<sup>2</sup> Wohnfläche).

Teurer im Gesamtpaket, dafür billiger in der Wohnfläche waren freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser (rund 184 m<sup>2</sup> Wohnfläche, 612 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche): Bei 21 ausgewerteten Käufen lag der durchschnittliche Kaufpreis bei 729 000 Euro, also 4100 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche und damit genauso teuer wie im Vorjahr.

Besonders hoch in der Gunst der Käufer standen 2020 Villen. Nach 15 Verkäufen im Vorjahr registriert der diesjährige Immobilienbericht ganze 30 bei einem Durchschnittspreis von 1,33 Millionen Euro (rund 229 m<sup>2</sup> Wohnfläche, 793 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche). Im Jahresvergleich ist der Quadratmeterpreis damit von 6600 auf 6100 Euro gesunken.

## Wohnungen werden immer teurer

Das größte Segment bleibt weiterhin der Wohnungsmarkt: Der Gutachterausschuss hat für 2020 insgesamt 357 (2019: 259) verkaufte Neubauwohnungen registriert, darunter 82 (2019: 25) für Studierende. Der durchschnittliche Kaufpreis je Quadratmeter Wohnfläche im Erstverkauf lag bei 6539 Euro, wobei die Durchschnittswerte stark vom Stadtteil abhängen.

Während 2009 die Preise im Erstverkauf in 85 Prozent der Fälle noch unter 3500 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche lagen, gab es seit 2016 keinen einzigen Verkauf mehr in diesem Preissegment. Inzwischen liegt der Quadratmeterpreis in 45 Prozent der Fälle bei über 7000 Euro (Vorjahr: 21 Prozent).

Ähnliches gilt für gebrauchte, also wiederverkaufte Wohnungen. Lag der Quadratmeterpreis 2009 in 61 Prozent der Verkäufe unter 2000 Euro pro Quadratmeter, gilt dies 2020 nur noch für 1,3 Prozent der Fälle. Der Quadratmeterpreis stieg im Vorjahresvergleich um 300 Euro auf 4300 Euro. In 11,6 Prozent der Verkäufe lag der Quadratmeterpreis über 5500 Euro.

Der Immobilienmarktbericht 2020 des Gutachterausschusses umfasst 97 Seiten und enthält aktuelle Daten zu allen wesentlichen Teilmärkten. Er kann online unter [www.freiburg.de/immobilienmarktbericht](http://www.freiburg.de/immobilienmarktbericht) oder per Mail an [gutachterausschuss@stadt.freiburg.de](mailto:gutachterausschuss@stadt.freiburg.de) für 40 Euro bestellt werden.

Der Gutachterausschuss ist im Vermessungsamt (Berliner Allee 1) angesiedelt und erteilt unter Tel. 201-4234 Auskünfte zu Immobilienmarktberichten, Bodenrichtwerten, Wertermittlungen oder Kaufpreissammlungen.

# Neue Urbos quietschen nicht mehr

Ersatz für die letzten Hochflurfahrzeuge – 17 Millionen investiert, 5 Millionen als Zuschuss

Der Fuhrpark der Freiburger Verkehrs AG (VAG) hat sich weiter verjüngt und modernisiert. Fünf Stadtbahn-Fahrzeuge des Typs Urbos 100 des spanischen Herstellers CAF (Construcciones y Auxiliar de Ferrocarriles), die in den vergangenen Monaten ausgeliefert und fahrbereit gemacht wurden, können nach erfolgter Zulassung durch die technische Aufsichtsbehörde jetzt in den Liniendienst gehen.

Die wegen ihrer freundlichen Fahrzeugfront von manchen auch als „lächelnde Basken“ bezeichneten Bahnen ersetzen die ältesten noch eingesetzten Achttachser vom Typ GT8K aus den Baujahren 1981 und 1982. Die Investition von knapp 17 Millionen Euro wurde vom Land Baden-Württemberg aus dem Schienenfahrzeugförderprogramm mit fünf Millionen Euro unterstützt.

„Die neuen Niederflurbahnen bieten neben dem barrierefreien Zugang auch eine größere Kapazität und mehr Platz für Rollstühle, Kinderwagen und Rollatoren“, sagte Oberbürgermeister Martin Horn bei der offiziellen Inbetriebnahme. Mit 42 Metern sind die neuen Fahrzeuge erheblich länger als die 40 Jahre alten Hochflurfahrzeuge, die sie ersetzen. Bei einer nahezu identischen Zahl an Sitzplätzen bieten sie erheblich mehr Aufstellflächen für in der Mobilität eingeschränkte Fahrgäste und deren technische Hilfsmittel.

„Den meisten Fahrgästen werden kaum Unterschiede zu den schon vorhandenen Urbos auffallen“, sagt VAG-Vorstand Stephan Bartosch. „Unsere bisherigen Stadtbahnen dieses Typs sind zusammengenommen schon rund 3,5 Millionen Kilometer gefahren. Die Erfahrungen, die wir dabei gesammelt haben, sind in die weitere Entwicklung der neuen Urbos eingeflossen.“ Ein Detail, das auffallen könnte, ist die Innenbeleuchtung mit energiesparenden LED-Leuchtmitteln.

Der größte Unterschied zu den bisher gelieferten Urbos ist nicht sicht-, dafür aber hörbar: An den Fahrwerken sind jetzt Anlagen verbaut, die die Schienen in den Kurven mit einem biologisch abbaubaren Gleitmittel schmieren und dadurch das lästige Quietschen deutlich reduzieren. Ähnliche Anlagen gibt es bereits in den 18 Fahrzeugen des Typs Combino. „In den älteren zwölf Urbos können diese nun nachgerüstet werden“, verspricht Bartosch.

Vorstand Oliver Benz unterstreicht den Mehrwert für die Fahrgäste: „Wir können nun bei nahezu jeder Fahrt das Angebot von mindestens einem Niederflurabteil je Stadtbahn machen und die Kapazität in den Fahrzeugen spürbar erhöhen. In Pandemiezeiten heißt dies, dass die Fahrgäste mehr Distanz wahren können. In normalen Zeiten bedeutet es, dass wir mit einer Bahn mehr Personen befördern und so bestehende Engpässe abmildern können.“

## urbo 100

- Wagennummern: 313 – 317
- Sieben Wagenteile je Fahrzeug
- Länge: 41,975 Meter
- Breite (außen): 2,30 Meter
- Höhe (ohne Stromabnehmer): 3,61 Meter
- Maximale Beschleunigung: 1,11 m/s<sup>2</sup>
- Power: 660 Kilowatt
- Höchstgeschwindigkeit: 62 km/h
- Versorgungsspannung: 750 Volt/ Gleichstrom

# Gefördert, barrierefrei und umweltschonend

## In Mooswald entstehen 67 neue Wohnungen

Steigende Preise, zu wenig Angebote: Der Wohnungsmarkt in Freiburg ist angespannt. Deshalb baut die Freiburger Stadtbau bis 2030 rund 2500 neue Wohnungen – vielen davon als geförderter Wohnraum. Ein Teil dieser Wohnbauoffensive wird jetzt in Mooswald umgesetzt.

Ohne offiziellen Spatenstich, dafür mit viel Elan beginnt dieser Tage der Bau von 67 Wohnungen in der Elsässer Straße 115 bis 119. „Ich freue mich, dass wir die Wohnbauoffensive trotz Pandemie fortsetzen“, so Oberbürgermeister Martin Horn. Bis Jahresende entstehen hier auf 4780 Quadratmetern 4 Einzimmer-, 22 Zweizimmer-, 16 Dreizimmer- und 7 Vierzimmer-Wohnungen – davon 40 als öffentlich geförderte Mietwohnungen und 27 als Eigentumswohnungen.

Die viergeschossigen Gebäude fügen sich elegant ins bestehende Stadtbild ein; gleichzeitig wird die vorhandene Fläche optimal genutzt, um möglichst viel Wohnraum zu schaffen. Hinter den Neubauten entsteht eine ruhige Grünzone mit Aufenthalts- und Spielflächen.

Um den Bedarf an Stellplätzen zu reduzieren, bekommen die künftigen Mieterinnen und Mieter einen Zuschuss für ein Regio-Jahreskarte, außerdem gibt es zusätzliche Fahrradstellflächen. Durch dieses Mobilitätskonzept und den KfW-Effizienzhaus-Standard 55 sind die vier barrierefreien Neubauten besonders umweltschonend.

# Corona-News im Überblick

## Neue Schnelltestzentren – Schoco-Testverfahren läuft gut an – Weitere Personen impfberechtigt

Aufatmen am vergangenen Montag: In der Woche davor kletterte die Inzidenz zwei Tage lang über 100, fast wäre die Bundesnotbremse in Kraft getreten. Seither liegen die Zahlen dauerhaft unter 100. Damit das so bleibt, setzt die Stadt auf mehr Testzentren und das Schoco-Testverfahren. Außerdem dürfen sich mehr Menschen aus der dritten Impfprioritätsgruppe impfen lassen.

Die Bundesnotbremse und die Impfkampagne scheinen zu wirken: Der Inzidenzwert in Deutschland sinkt endlich. Das bedeutet zwar nicht, dass die Pandemie vorbei ist, doch ein optimistischer Blick auf den Sommer scheint gerechtfertigt. Damit dieser Trend anhält, müssen alle noch etwas durchhalten. Ein wichtiger Baustein: die in die Kritik geratenen Schnelltests. Hier eine Übersicht über die aktuellen Corona-Nachrichten.

## Mehr Schnelltestzentren

Seit zwei Wochen betreiben die Malteser im Auftrag der Stadtverwaltung ein Schnelltestzentrum in der alten Stadthalle. Das Personal kann hier an fünf Tagen die Woche circa 24 Abstriche pro Stunde vornehmen.

Außerdem betreibt eine private Firma ein neues Schnelltestzentrum auf dem Parkplatz am Mundenhof. Hier können sich täglich von 9 bis 19 Uhr alle Besucherinnen und Besucher kostenlos testen lassen. Das Ergebnis wird beim Einlass kontrolliert und ist ab einer Inzidenz von 100 vorgeschrieben. Eine Terminbuchung unter [www.hi-testzentrum.de](http://www.hi-testzentrum.de) ist wünschenswert.

## Schnelltests: Was sie können und was nicht

Sie sind ein wichtiger Baustein in der Teststrategie der Bundesregierung, standen zuletzt aber mit einer hohen Falsch-positiv-Rate in der Kritik: die Schnelltests. Viele Menschen stellen sich daher die Frage, wie sinnvoll sie sind.

Zunächst einmal: Die Gründe für einen Falsch-positiven-Test sind vielfältig. Jedes Kit muss bei der richtigen Temperatur gelagert werden; scheint etwa die Sonne darauf oder ist es zu kalt, kommt es zu fehlerhaften Ergebnissen. Ebenso können säurehaltige Speisen oder Getränke den Test verfälschen. Nicht zuletzt muss der Getestete den Abstrich korrekt vornehmen. Deshalb ist es sinnvoll, den wöchentlich kostenlosen und professionell durchgeführten Schnelltest in den Schnelltestzentren wahrzunehmen. Das spart Geld und reduziert die Fehleranfälligkeit.

Ein weiterer Grund für eine hohe Anzahl an Falsch-positiven-Ergebnissen stellt die Sensitivität und Spezifität dar, also wie gut erkrankte und nicht erkrankte Personen erkannt werden. Lassen sich viele Menschen testen, die aber nicht an Corona erkrankt sind, fallen Falsch-positive-Ergebnisse stärker ins Gewicht. Vereinfacht dargestellt: Angenommen, unter 100 Tests sind zwei falsch positiv. Die Falsch-positiv-Rate hängt nun davon ab, wie viele der 100 Menschen tatsächlich infiziert sind. Bei 20 Infizierten würde die Rate rund 10 Prozent (2 von 22) betragen, bei zwei Infizierten würde sie auf 50 Prozent steigen (2 von 4).

Trotzdem sind die Schnelltests ein sinnvoller Baustein, um das Virus effektiv einzudämmen. Denn: Sie erkennen asymptomatische Verläufe und können Infektionsketten frühzeitig unterbrechen, die sonst unentdeckt geblieben wären. Sie sind aber kein Freifahrtschein, weil sie nicht so genau wie der PCR-Tests sind. Deshalb gilt auch weiterhin, wer einen positiven Schnelltest hat, und sei die zweite Linie noch so dünn, der muss zum PCR-Test.

## Neue Impfberechtigte

Das Impftempo steigt kontinuierlich: In den letzten drei Wochen konnten so viele Menschen immunisiert werden wie in den vergangenen drei Monaten. Deshalb öffnet die Landesregierung die Impfterminvergabe für mehr Menschen aus der dritten Priorität.

Seit Montag können sich Menschen mit Vorerkrankungen (behandlungsfreien Krebserkrankungen, HIV, Rheuma-, Autoimmun- und Herzerkrankungen, Asthma und Adipositas) impfen lassen. Außerdem dürfen pflegebedürftige Menschen, die entweder über 60 Jahre oder unter einer der oben aufgezählten Krankheiten leiden, zwei Kontaktpersonen bestimmen. Systemrelevantes Personal soll Mitte Mai folgen.

Einer zeitnahen Aufhebung der Impfpriorisierung erteilte Sozialminister Manfred Lucha indes eine Absage: „Jede Impfdosis, die zu uns kommt, wird rasch verimpft. Es bewerben sich schlicht und einfach noch viel mehr Menschen um dieselbe Anzahl an Impfterminen. Das würde nur Frust und Ungerechtigkeit produzieren.“

## Schoco-Testsystem läuft gut an

Die Bilanz fällt nach den ersten Tagen positiv aus: Seit vergangener Woche werden rund 10 000 Kinder, Jugendliche und Lehrkräfte zweimal wöchentlich mit den Lolli-Tests getestet. Die vollautomatisierte Software „Poolie“ informiert die Eltern noch am selben Tag über das Ergebnis, meist zwischen 16 und 24 Uhr.

Bei einem positiven Ergebnis gilt folgender Ablauf: Die ganze Klasse wechselt ins Homeschooling. Es folgen die Einzeltestungen. Alle Kinder, die einen negativen Test haben, dürfen dann wieder in die Schule. Nur die positiv getesteten Kinder müssen in Quarantäne – solange alle Gesundheitsregeln während des Unterrichts eingehalten wurden.

„Aus den Schulen gibt es große positive Rückmeldung“, sagt Schul- und Jugendbürgermeisterin Christine Buchheit. Das Verfahren soll Mitte Mai auf alle 244 Kindergärten und Kitas ausgeweitet werden. Damit würde die Zahl der getesteten Kinder auf 20 000 steigen. „Deshalb rüsten wir die PCR-Testkapazitäten massiv auf“, erklärt Frank Uekermann, Leiter des Freiburger Impfzentrums.

„Die Lolli-Tests geben uns die Sicherheit, die wir in unsicheren Zeiten brauchen“, freut sich Oberbürgermeister Martin Horn über das kinderfreundliche Verfahren.

## **Welcher Inzidenzwert gilt eigentlich?**

Er ist die interessanteste Zahl des Tages: der Inzidenzwert. Oft kommt es jedoch zu Verwirrung, weil unterschiedliche Zahlen im Umlauf sind; zudem setzen manche Medien auf eigene Berechnungen.

Die Stadt weist daher darauf hin, dass für den verbindlichen Inzidenzwert allein die Zahlen des Robert-Koch-Instituts maßgeblich sind. Diese werden jeden Tag um 6 Uhr veröffentlicht. Sollte der Inzidenzwert an drei aufeinanderfolgenden Tagen über 100 liegen, greift die Bundesnotbremse, und die Corona-Regeln werden weiter verschärft.

# Neues Format für Digitalisierung

Erster Digitaltag findet am 18. Juni statt

Bildung, Beruf und Alltag: Der digitale Wandel verändert alles. Mit Vorträgen und interaktiven Beteiligungsformaten beleuchtet der erste „Digitaltag Freiburg“ am 18. Juni das digitale Potenzial in Stadt und Region.

Noch bis zum 10. Juni können sich Unternehmen und Institutionen, aber auch Privatpersonen, Initiativen, Schulen und andere Bildungseinrichtungen kostenfrei am neuen Aktionstag beteiligen und Impulsbeiträge anmelden. Das Ziel ist es, in einem gemeinsamen Austausch Ideen, Strategien und Lösungen für einen zukunftsorientierten digitalen Wandel zu finden. Am 18. Juni wird der Digitaltag dann ganztätig stattfinden, coronabedingt allerdings nur virtuell. Veranstaltet wird er von der Freiburg Wirtschaft Touristik & Messe GmbH (FWTM), der Stadt Freiburg, dem Digihub Südbaden und dem Verein Baden-Württemberg: Connected e.V.

Am 18. Juni stehen verschiedene Veranstaltungen auf dem Programm: Unter dem Titel „SWR digital“ gibt es einen Einblick in die digitale Berichterstattung von SWR und ARD. Weiter soll die Frage diskutiert werden, welche Auswirkungen die Coronapandemie und die damit verbundene Digitalisierung auf die Arbeitswelt haben.

Natürlich steht auch der Themenkomplex Schule und Digitalisierung auf der Tagesordnung. Wie können moderne Endgeräte Unterrichtskonzepte verändern? Sorgt die Digitalisierung für mehr Bildungsgerechtigkeit? Wichtige Fragen, auf die es vielleicht eine Antwort geben wird.

Im kommenden Jahr soll aus dem Digitaltag dann eine ganze Woche werden. Weitere Informationen sind online unter [www.digihub-suedbaden.de](http://www.digihub-suedbaden.de) oder [www.freiburg.digital.de](http://www.freiburg.digital.de) zu finden. Interessierte können sich per Mail an [gudrun.reber@fwtm.de](mailto:gudrun.reber@fwtm.de) (Tel. 3881-1226) oder [julia.mohrbacher@projektpartner-oberrhein.de](mailto:julia.mohrbacher@projektpartner-oberrhein.de) (Tel. 7 99 60 68) wenden.



# Woche der Inklusion

Inklusion sichtbar machen und Menschen mit Behinderung eine Stimme geben – darum geht es bei der Woche der Inklusion, die die Stadt gemeinsam mit Kooperationspartnerinnen und -partnern für Menschen mit Behinderungen Anfang Mai organisiert. Noch bis 9. Mai stellen Vereine und Initiativen in digitaler Form ihre Einrichtungen und Projekte vor. Den Abschluss bildet eine Podiumsdiskussion mit dem Ersten Bürgermeister Ulrich von Kirchbach, der kommunalen Behindertenbeauftragten Sarah Baumgart und anderen Expertinnen und Experten zum Thema „Barrierefreie Kommunikation“. Sie wird am Samstag, 8. Mai, von 11 bis 13 Uhr live aus dem Winterer-Foyer des Theaters gestreamt. Dazu werden Songs der Band Otto Normal, die mit dem Philharmonischen Orchester aufgeführt wurden, mit gebärdeten Texten eingespielt.

Info: [www.freiburg.de/woche-der-inklusion](http://www.freiburg.de/woche-der-inklusion); zuständig bei der Stadt: Behindertenbeauftragte Sarah Baumgart (Tel. 0761/201-3505, [sarah.baumgart@stadt.freiburg.de](mailto:sarah.baumgart@stadt.freiburg.de)); Koordinationsstelle Inklusion, (Tel. 201-3040, [inklusion@stadt.freiburg.de](mailto:inklusion@stadt.freiburg.de))

# Europas Zukunft mitgestalten

Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig europäische Zusammenarbeit sein kann. Aber auch, wo noch Verbesserungsbedarf besteht: etwa bei unkoordinierten innereuropäische Grenzschließungen oder einer schleppend angelaufenen Impfkampagne. Grund genug, sich mit der Zukunft Europas zu befassen.

Deshalb haben die drei wichtigsten Institutionen der EU, das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat, eine Konferenz eröffnet, um Herausforderungen und Prioritäten der europäischen Zukunft zu erörtern.

Ab dem 9. Mai können sich alle Bürgerinnen und Bürger bequem über die digitale Plattform [www.futureu.europa.eu](http://www.futureu.europa.eu) beteiligen. Hier können eigene Ideen geteilt und diskutiert werden.

Die digitale Plattform ist mit einer automatisierten Übersetzung ausgestattet, damit ein Dialog unabhängig von Fremdsprachenkenntnissen stattfinden kann. Die Konferenz erarbeitet voraussichtlich bis Frühjahr 2022 Leitlinien für die Zukunft Europas.

# Kurz gemeldet

## Heute schon für morgen sorgen

Die Betreuungsvereine und die Betreuungsbehörde der Stadt Freiburg veranstaltet am Donnerstag, 20. Mai, einen Onlinevortrag zum Thema Vorsorgemöglichkeiten. Die Referentin Martina Fleig vom Betreuungsverein der Diakonie Freiburg informiert alle Interessierten über Vorsorgevollmachten, Betreuungsverfügungen und Patientenverfügungen. Eine kostenlose Anmeldung ist bis Sonntag, 16. Mai, per Mail an [fleig@diakonie-freiburg.de](mailto:fleig@diakonie-freiburg.de) möglich.

## Abgesagt wegen Corona

Sowohl die Museumsnacht als auch das Freiburger Seefest im Seepark fallen aufgrund der Coronapandemie diesen Sommer erneut aus. Die für den 23. Juli geplante Museumsnacht wurde auf den 23. Juli 2022 verschoben. Das Seefest der Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH hätte vom 23. bis 25. Juli über die Bühne gehen sollen; neuer Termin ist der 22. bis 24. Juli 2022. „Wir bedauern es sehr“, sagte Geschäftsführer Daniel Strowitzki, „aber eine Veranstaltung mit rund 25 000 Besucherinnen und Besuchern ist aktuell nicht durchführbar.“

## Freiburger Andruck am 18. Mai

Im Frühjahr 1944 lernen sich die Theaterschauspielerinnen Maria Casarès und Albert Camus, der Autor von „Die Pest“ und „Der Fremde“, im besetzten Paris kennen. Wenig später beginnt eine leidenschaftliche Liebesgeschichte, überliefert als umfangreicher Briefwechsel und 2017 veröffentlicht.

Am 18. Mai erscheint die deutsche Übersetzung im Rowohlt Verlag. Ab 19.30 Uhr findet die Premierenlesung im Rahmen der Lesereihe „Freiburger Andruck“ statt. Die Veranstaltung wird als Livestream aus dem Literaturhaus Freiburg übertragen.

Der Freiburger Übersetzer Tobias Scheffel stellt den Briefwechsel im Gespräch mit dem Chefdramaturgen des Theaters Freiburg Rüdiger Bering vor.

Info: Kulturamt, Tel. 201-2101, [www.freiburg.de/freiburgerandruck](http://www.freiburg.de/freiburgerandruck)

# „Technik vertreibt die bösen Geister“

Ausstellung im Haus der Graphischen Sammlung zeigt Fotografien von Leif Geiges

Jedes Kind weiß: Gespenster gibt es nicht! Spuken tut es höchstens bei Casper, dem freundlichen Geist. Trotzdem widmet sich die neue Ausstellung „Spuk! Die Fotografien von Leif Geiges“ dem Übernatürlichen, dem Unerklärbaren. Da stellt sich die Frage: Sind geheimnisvolle Geräusche auf dem Dachboden, ein Teppich, der sich schwebend durch den Raum schlängelt, oder die schwach leuchtende Silhouette von geliebten Verstorbenen nur abergläubische Hirngespinnste?

Sicher nicht, würde der inzwischen verstorbene Freiburger Psychologieprofessor und Gründer des Instituts für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene (IGPP) Hans Bender (1907–1991) entgegen. Gemeinsam mit dem Fotografen Leif Geiges (1915–1990) dokumentierte er Spukphänome aus der Nachkriegszeit, die dem gesunden Menschenverstand scheinbar widersprechen. „Ein unorthodoxes Thema mit großer Faszination“, verspricht Kurator Andreas Fischer vom IGPP.

Und damit soll er recht behalten. Die 88 originalen Schwarzweißfotos und die zahlreichen Exponate der Ausstellung widmen sich nicht nur unaufgeregt dem emotionalen Thema, sondern üben auch rein visuell sofort eine starke Anziehungskraft aus. Der Helligkeitskontrast der professionellen Fotografien wird durch den Ausstellungsraum verstärkt: Helles Licht leuchtet die Kunstwerke an den dunklen Wänden an. Gänsehaut vorprogrammiert – versprochen.

## Das Unerklärbare erklären

Doch wie kam es zu dieser ungewöhnlichen Zusammenarbeit? Professor Bender gründete 1950 das IGPP, um Spukphänome wissenschaftlich zu untersuchen. „Er hat daran geglaubt“, erklärt Kurator Fischer: „Seine Theorie war, dass sich innere Konflikte paranormal entladen können. Er ging dabei forensisch vor.“ Mit psychodiagnostischen Methoden, beispielsweise Interviews und psychologischen Tests, begab sich der „Freiburger Spuk-Professor“, wie ihn die Presse später taufte, auf die Suche nach Ähnlichkeiten und Wiederholungen, fragte sich, ob solche Erscheinungen an bestimmte Personen gekoppelt sind.

Ab 1949 fand er dabei Hilfe bei Geiges, der nur wenige hundert Meter entfernt wohnte. Während Spukereignisse bisher ausschließlich als Schnappschüsse in der Boulevardpresse der Effekthascherei dienten, lichtete der Freiburger Fotograf professionell Versuchsaufbauten ab, stellte paranormale Vorkommnisse nach und dokumentierte magische Praktiken.

Gemeinsam organisierten sie eine Medienkampagne, um das Thema gesellschaftlich anschlussfähig zu machen; um zu zeigen, dass es nicht nur Aberglaube ist, sondern wissenschaftlich erklärbar. „Zeitgenössisch gibt es in der Konzeption und Konsequenz keinen Vergleichsfall“, stellt Kurator Fischer die einzigartige Kooperation heraus.

## Kriegsbewältigung

Die Zusammenarbeit der beiden kongenialen Partner fand ihren Höhepunkt zwischen 1949 und 1954. Eine Zeit, in der die Gesellschaft den Krieg verarbeitete, Hinterbliebene verzweifelt nach vermissten Angehörigen suchten oder Kontakt mit Verstorbenen aufnehmen wollten.

Deshalb illustrierte Geiges okkulte Praktiken wie das Tisch- oder Glasrücken. Bender und Probandinnen und Probanden versammelten sich gemeinsam in einem Kreis; alle Anwesenden berührten mit einem Finger das Glas. Manchmal, so heißt es in der Bildbeschreibung, bewege es sich dann zu verschiedenen Buchstaben, die am Rand des Tisches stehen. So könnten Botschaften aus dem Jenseits übermittelt werden.

## Spuk am Chiemsee

„Die Spukuntersuchungen sind aber das Herz der Ausstellung“, sagt Kurator Fischer. Damit sind Geiges Fotografien gemeint, die Benders alltägliche Arbeit dokumentieren. Wie beispielsweise im Sommer 1949: Ein mysteriöser Auftrag führte sie in die oberbayrische Gemeinde Lauter nahe Traunstein. Hier, berichteten Augenzeugen, solle es seit Jahren spuken. Grund genug für eine detaillierte Untersuchung.

Gemeinsam mit den Betroffenen stellte Bender paranormale Phänomene nach, um verdrängte Erinnerungen freizulegen. Immer dabei: Geiges und sein Fotoapparat. So entstand beispielsweise das Bild eines Teppichs, der wie von Geisterhand durch den Raum schwebte.

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten erlangten diese fotografischen Rekonstruktionen von Spukereignissen größere Bekanntheit in den Illustrierten – nicht zuletzt aufgrund der klaren Bildsprache und Geiges bildjournalistischer Arbeitsweise.

## Rationalisieren und Verwissenschaftlichen

Hans Bender wollte das Übernatürliche nicht nur erklären, sondern ihm auch den Schrecken nehmen. Rationalisierung und Intellektualisierung – der bekannte Soziologe Max Weber umschrieb das Phänomen einst mit der „Entzauberung der Welt“. Schon seit Jahrhunderten verwissenschaftlicht die Menschheit scheinbar Unerklärbares. Denn: „Technik vertreibt die bösen Geister“, wie es in einer Bildreportage Geiges heißt.

In dieser Tradition sieht sich auch die Ausstellung. Wer eine humoristische Auseinandersetzung mit Spukphänomenen erwartet, wird enttäuscht. Alle anderen finden hier ein interessantes und unorthodoxes Thema mit schönen Fotografien.

# „Es gibt viel zu entdecken“: Ton ab!

Interaktive Soundinstallation auf dem Theatervorplatz macht Theaterklänge hörbar

Wie können Künstler und Künstlerinnen mit ihrem Publikum kontaktlos in Kontakt bleiben? Mit dieser Frage hat sich das Theater Freiburg in den vergangenen Monaten viel beschäftigt. Jüngstes Ergebnis ist eine interaktive Soundinstallation auf dem Theatervorplatz. Sie lädt Besucherinnen und Besucher dazu ein, Stimmen, Melodien und Geräusche zu erzeugen, und soll so zu einem Ort der Begegnung und des Austauschs werden.

Wer die kleine Bühne unterhalb der Theaterstufen betritt, kann kreativ werden: In die neun Quadratmeter große Fläche wurden 20 senkrecht nach oben gerichtete Laserstrahlen integriert. Jeder einzelne ist mit einem „Soundfile“ bestückt; alle zusammen erzeugen sie ein dreidimensionales Laserfeld, das jede Bewegung auf der Bühne registriert und Töne auslöst. Sobald man einen der weißen Kreise auf dem schwarzen Bühnenboden betritt, erklingen Musik oder Dialoge aus verschiedenen Inszenierungen, die das Theater derzeit gar nicht oder wenn, dann nur in Form von Streamings zeigen kann. „Noch können wir unsere Bühnen nicht zeigen“, sagt Theatersprecherin Dorothea Bering, „aber wir können Stimmen, Melodien und Geräusche aus unseren Produktionen vorausschicken.“

Mit der Hand lassen sich die Laserstrahlen an einer bestimmten Stelle unterbrechen – solange die Hand in dieser Position verharrt, wird das Soundfile abgespielt. Insgesamt lassen sich sechs unterschiedliche Laser gleichzeitig bespielen, Interaktion ist also nicht nur mit einer Hand, sondern mit Einsatz des ganzen Körpers möglich.

## Körperinsatz gefragt

So können Besucherinnen und Besucher erfinderisch werden und frei improvisieren, Produktionen mischen, Dialoge mit Musik untermalen oder Klangcollagen aufeinanderlegen. Wer es nicht so frei mag, kann Schritt für Schritt den Bewegungsanleitungen einer Choreografin folgen, die durch einmaliges Berühren eines Laserstrahls ausgelöst werden, und mit ihnen quer über die gesamte Bühne tanzen.

„Es gibt kein Richtig und kein Falsch“, sagt Leonie Fritsch, die das Konzept entwickelt hat und beim Theater für Musikvermittlung und Musiktheaterpädagogik zuständig ist. „Ich wünsche mir, dass alle möglichen Menschen auf die Bühne gehen und es ausprobieren!“

## In Luft und Raum

Die Idee dazu hatte die 26-Jährige im Dezember, sie habe sich die Frage gestellt: „Wie kann ich kontaktlos, quasi in Luft und Raum, etwas auslösen?“ Zusammen mit einer jungen Kollegin, die gerade ihr Freiwilliges Soziales Jahr am Theater macht, hätten sie dann Stück für Stück am Konzept gefeilt und es den einzelnen Dramaturgen vorgestellt, um zu erfahren, welche Klänge aus welchen ihrer Stücke sie gerne bei der Installation vertreten hätten. Das Klangspektrum reicht von „Theatergeräuschen“ über Stücke wie „Das schlaue Fuchslein“, „Hedda Gabler“ und „Faust II“ bis hin zu „Stabat Mater“ oder Max Bruchs „Serenade nach schwedischen Melodien für Streichorchester“.

Umgesetzt wurde die Idee gemeinsam mit dem Sensorhersteller SensoPart aus Gottenheim, der die verwendeten Laser-Abstandssensoren kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Für Alexander Rudolph, Leiter der Anwendungstechnik bei dem Gottenheimer Unternehmen, war das Projekt „eine interessante Abwechslung zu den industriellen Anwendungen“, die er sonst üblicherweise betreut. Die Steuerung der Sensoren wiederum haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lehrstuhls für Rechnerarchitektur der Universität Freiburg programmiert.

Mithilfe dieser beiden Partner konnte Fritsch ihre Idee verwirklichen, Menschen trotz Corona an etwas teilhaben, sie etwas genießen zu lassen. „Ich wollte etwas machen, das quer durch die Gesellschaft geht“, erzählt sie voller Begeisterung. „Und da bietet sich der Platz vor dem Theater einfach an: mit vielen Studierenden, Theaterleuten, Menschen, die hier Mittagspause machen oder einfach Zeit verbringen. Es ist genau der richtige Ort.“

Info: Die Soundinstallation auf dem Theatervorplatz ist bis Mitte Juli montags bis samstags jeweils von 15 bis 20 Uhr geöffnet.

# „Ein ganz besonderes Klima“

## VHS-Rektorin von Rekowski im Ruhestand

Nach 13 Jahren als Direktorin der Volkshochschule Freiburg ist Eva von Rekowski Ende April in den Ruhestand gegangen. Die 67-Jährige hatte zuvor die VHS in Rheinfelden geleitet; studiert hat sie Pädagogik und Erwachsenenbildung in Aachen und Wuppertal.

Mehr als 50 hauptberufliche Mitarbeitende, 45 Lehrerinnen und Lehrer an Abendgymnasium und -realschule sowie 650 freiberufliche Dozentinnen und Dozenten – das ist das Team, dem Eva von Rekowski in ihrer Amtszeit vorstand. Gemeinsam „gestemmt“ haben sie jährlich rund 70 000 Unterrichtsstunden mit 50 000 Teilnehmenden. Kein Wunder: Die Volkshochschule ist im Bereich der Erwachsenenbildung die führende Institution schlechthin.

Unter von Rekowskis Leitung hat sich die VHS Freiburg an vielen Kooperationen beteiligt, insbesondere zu Themen im Umweltbereich, wie etwa in der Reihe „Nachhaltigkeit als Lebenskunst“, oder an der „Samstags-Uni“. Neben offen angebotenen Kursen hat in diesen Jahren der Projektbereich an Bedeutung gewonnen, mit dem vor allem Menschen erreicht wurden, die Weiterbildung nicht unbedingt von selbst in Angriff nehmen oder für die die VHS trotz sozialverträglicher Gebühren zu teuer ist.

So ist die VHS Freiburg eines von acht Grundbildungszentren in Baden-Württemberg. Deren Ziel ist es, Berufstätige, geringfügig Beschäftigte, Arbeitslose und alle, die wieder oder weiter lernen möchten, anzusprechen: mit Lese- und Schreibkursen für deutsche Muttersprachler sowie Migrantinnen und Migranten oder mit Mathe- und EDV-Kursen.

Auch das Sprach- und Elternbildungsprogramm „Rucksack“ für Familien mit und ohne Migrationshintergrund oder der „Wegweiser Bildung“ gehören zu diesen Projekten: die kurz „WeBi“ genannte zentrale Anlaufstelle zu allen Fragen rund um Bildung.

Durch diverse Umstrukturierungen und die Rekrutierung von Fördermitteln gelang es von Rekowski, das anfangs negative Jahresergebnis der VHS in ein positives umzuwandeln. Als positiv hat die Pädagogin auch die Atmosphäre in der Stadt empfunden. „Sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in der Gesellschaft bin ich auf viel Offenheit, Kooperationsfreude und Unterstützung gestoßen“, sagt sie. Nur dadurch habe die Arbeit der VHS so erfolgreich werden können. „Es gibt hier in Freiburg ein ganz besonderes Klima dafür.“

Wer von Rekowski nachfolgt, steht noch nicht fest. Interimsmäßig übernimmt der stellvertretende Direktor Karlheinz Müller die Stelle.